

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

EN AVANT! Hebdomadaire en langue allemande

Redaktion und Verlag: 5, Rue Mayran, Paris-9. Téléphone: Trudaine 46-52

Aus dem Inhalt:

Hitlerzahlen

Wie die Achse wurde

Neue Kriegswaffen

Prix: Fr. 1,50

Österreich und Spanien

Die Diktaturen greifen an

Wir hatten nach den Ereignissen des vierten Februar an dieser Stelle sofort die praktische Gefahr dieser innerpolitischen Entscheidung in Deutschland gezeigt:

Neuer Angriff der Achse Berlin—Rom auf Spanien. Machtergreifung des braunen Systems in Oesterreich.

In Oesterreich sind die Dinge im Fluss. Die Rede des Bundeskanzlers Schuschnigg, so tapfer sie war, kann die Tatsache nicht verdecken, dass die Maschinerie des braunen Systems in Oesterreich aufgezogen wird. Das System ist nicht erfinderisch. Oesterreich wird ganz einfach von der Methode Reichstagsbrand bedroht. Am 26. Februar erschien der „Völkische Beobachter“ unter folgenden Schlagzeilen:

„Moskau als Anwalt der österreichischen Unabhängigkeit. Unverschämte Einmischung der Sowjets in innerdeutsche Angelegenheiten.“ Ist das nicht klar? Was Moskau will, muss böse sein, wer also die Unabhängigkeit Oesterreichs will, ist ein Bolschewist. Das ist eine böswillige Auslegung? Aber nein, unter dieser Ueberschrift stehen die folgenden Sätze:

„Denn wenn der Bolschewismus sich anschickt, eine besondere Aktivität auf einen bestimmten Punkt zu konzentrieren, dann wird es tatsächlich höchste Zeit, dort nach dem Rechten zu sehen.“

„Insofern also kommen die Moskauer Spekulationen zu spät und wirken heute nur noch als eine unverschämte Einmischung in innerdeutsche Verhältnisse.“

„Zahlreiche Prozesse haben gezeigt, dass die österreichischen Kommunisten, getreu den Moskauer Parolen, bereits seit Jahren ihre zersetzende Arbeit in die Vaterländische Front verlegt haben. Die Gründe dafür liegen auf der Hand.“

„Es ist allein schon im Interesse des neuen Weges notwendig, um von anderem zu schweigen, dass dieses Treiben des internationalen Marxismus von allen zuständigen Stellen jene Erledigung findet, die sie aus gesamtdeutscher Verantwortung heraus finden muss.“

Wo ist die österreichische Unabhängigkeit noch, wenn es schon eine Einmischung in „innerdeutsche Verhältnisse“ darstellt, wenn eine fremde Macht sich für sie interessiert? Wenn das Dritte Reich jetzt daran geht, in Oesterreich „nach dem Rechten zu sehen“? Wenn der Minister Hitlers, Herr Seiss-Inquart, den Auftrag bekommt, die Vaterländische Front in Oesterreich von Kommunisten zu säubern? Wie das gemeint ist, darüber ist kein Zweifel. Am 27. Februar sollte in Graz eine grosse Nazidemonstration mit Herrn Seiss-Inquart stattfinden unter der Parole „Gegen die kommunistischen Treibereien in der Vaterländischen Front“. Die österreichische Regierung hat dies verhindert, sie hat Graz militärisch besetzen lassen. Das

„nach dem Rechten sehen“ hat also fürs erste praktisch noch nicht begonnen.

Wir fürchten jedoch sehr, dass das braune System nun erst recht einen „Absprung“ suchen wird. Alle Kenner der Machtergreifung Hitlers in Deutschland vergleichen die heutige Lage Oesterreichs mit der Lage Deutschlands zwischen dem 30. Januar und dem 27. Februar 1933. In diesem Zeitabschnitt zerstörte Göring die Legalität und fesselte die Polizei, während die S. A. bewaffnet wurde und zu terroristischen Verbrechen übergang. Immer unter der Parole: „Bekämpfung des Bolschewismus.“ Am Ende dieser Periode stand der Reichstagsbrand, das Signal für den Absprung, und die unverschämte Lüge, dass die deutsche Sozialdemokratie in das Brandstiftungskomplot verwickelt sei.

Was wird in Oesterreich erfunden werden? Werden die Christlich-Sozialen beschuldigt werden, mit den Kommunisten gemeinsam ein Attentat auf die „gesamtdeutsche Verantwortung“ zu planen? Was wird brennen oder explodieren, oder welches Attentat wird erfolgen? Das braune System hat eine Geschichte und zu dieser Ge-

schichte gehören der Reichstagsbrand, die Ermordung von Dollfuss und der Putsch der Alpinen Montanwerke.

Soviel über Oesterreich. Und Spanien?

Die Räumung Teruels durch die Truppen der Republikanischen Regierung hat enthüllt, dass der neue Angriff der Achse Berlin—Rom auf Spanien in vollem Gange ist. Eine Masse von Material — moderne Flugzeuge, schwerste Artillerie, Munition — eine Masse von Technikern und Spezialisten strömt aus Deutschland und Italien nach Spanien. Was die Truppen Mussolinis nicht vermochten, soll das Material leisten. Die Sache der Freiheit, getragen von der glänzenden Moral der republikanischen Truppen, soll unter Hitlers „Hagel aus Eisen und Stahl“ erstickt werden.

Die offizielle italienische Presse rühmt sich, dass allein an einem Tage 173 italienische Bombenflugzeuge über Teruel in der Luft waren und ihre Bombenlast abgeworfen haben.

Die deutsche Presse ist schweigsamer. Aber die spanische Regierung erklärt, dass die deutsche Regierung über Teruel neueste Modelle deutscher

Bombenflugzeuge und Jagdflugzeuge eingesetzt habe, die bisher nicht nach Spanien gebracht worden seien, um die Fortschritte der deutschen Luftrüstung nicht erkennen zu lassen. Sie erklärt weiter, dass deutsche motorisierte Truppenabteilungen festgestellt worden seien.

Aber die italienische Regierung ist bekanntlich bereit, mit der englischen zu verhandeln, auch über die Zurückziehung der Freiwilligen aus Spanien. Ueber diesen Gegenstand freilich erst nach allen anderen . . . Man weiss nun, was diese Verhandlungsbereitschaft zu bedeuten hat. Sie ist der diplomatische Wandschirm, hinter dem Hitler und Mussolini ihren gemeinsamen neuen Angriff auf das republikanische Spanien verbergen. Man weiss nun aber auch, welche kostbare Hilfe ihnen der Kurswechsel der englischen Politik für die kommenden Wochen und Monate bedeutet.

Die Achse handelt. Die Achse führt Krieg. Ueber Spanien geht der Regen der totbringenden Bomben aus den Flugzeugen nieder, die die Hitler und Mussolini entsenden. Oesterreich aber liegt vor den Mündungen der Hitlergeschütze.

Vertrauensratswahlen 1938???

Das Militär verschluckt das Arbeitsministerium

Im Hintergrund des grossen Umbruchs im deutschen Heer vom 4. Februar steht ein nicht minder entscheidender weiterer Einbruch in die von den Nazis 1933 selbst geschaffene Arbeitsverfassung. Aeusserlich zeigt sich die Wandlung des Wirtschafts- und Arbeitsministeriums. Mit dem Abgang Schachts waren die letzten Hemmnisse beseitigt, die beiden Ministerien zusammenzulegen, damit aber auch die Deutsche Arbeitsfront restlos in den Apparat der sogenannten „Gewerblichen Wirtschaft“ einzureihen. Die Reorganisation des Reichswirtschaftsministeriums zum verlängerten Arm des Kriegsministeriums geht parallel mit dem Abbau des Reichsarbeitsministeriums, das wohl in Kürze ganz verschwinden dürfte. Mit dem Eintritt des Staatsrats Schmeier als Vertreter der Arbeitsfront in das neue Wirtschaftsministerium sind nunmehr die Arbeitsfragen restlos dorthin verlegt worden. Gleichzeitig sind die „Reichsbetriebsgemeinschaften“, die bisher noch eine Art von Organisation der Arbeiter und Angestellten darstellen sollten, in „Fachämter“ d. h. Behörden umgebildet worden. Als Zentralbüro ist das Sozialamt in der Zentrale der DAF vorgesehen. Es gibt nur noch eine Exekutive für alle Wirtschafts- und Arbeitsfragen, das neue Reichswirtschaftsministerium.

Die Militarisierung von Wirtschaft und Arbeit kann nicht ohne Rückwirkung auf die betriebliche Arbeitsverfassung bleiben. Im Paragraph 9 des so-

genannten Arbeitsordnungsgesetzes waren ursprünglich als „Ersatz“ für die beseitigten Betriebsräte die „Vertrauensräte“ eingeführt worden. Der Unternehmer hatte zusammen mit der Nazibetriebszelle im März jeden Jahres eine Liste der Vertrauensmänner aufzustellen. Die Gefolgschaft hatte in geheimer Abstimmung zur Liste Stellung zu nehmen. Zu dem Gesetz vom 20. Januar 1934 waren Durchführungsverordnungen erschienen, in denen die Einzelheiten der Listenaufstellung und des sogenannten Wahlaktes enthalten waren. Die Wahlbestimmungen und die Aufgaben der Vertrauensräte waren, ganz abgesehen von dem Wahlterror, derart gehalten, dass nur ausgesprochene Unternehmerknechte in Amt und Würden gelangen konnten. Die Belegschaften hatten keine Möglichkeiten, eigene Kandidaten aufzustellen, aber die deutschen Arbeiter haben sich nicht entmutigen lassen. Konnten sie schon nicht die Männer ihres Vertrauens wählen, so wollten sie wenigstens alles tun, um den Nazi-Vertrauensräten ihr Misstrauen unzweideutig zu bekunden. Bei der Wahl 1934 haben zwei Drittel der wahlberechtigten Betriebsarbeiter ihre Opposition zum Faschismus demonstriert, in dem sie der Abstimmung fern geblieben waren oder gegen die braunen Listen stimmten.

Bei der folgenden Wahl 1935 wurden die Belegschaften unter Abstimmungs-

zwang gestellt. Jeder der Abstimmung Fernbleibende hatte damit zu rechnen, als „Staatsfeind“ diffamiert und ins Konzentrationslager geschickt zu werden. Die Arbeiter wussten sich auch diesmal zu helfen. Sie gingen zur Wahl und machten die Listen ganz oder teilweise ungültig. Das Ergebnis wurde vom Reichspropagandaministerium verfälscht indem „ungültig“ gemachte Stimmzettel nicht gezählt wurden. Damit entstand vielfach für einzelne Kandidaten eine Stimmenhäufung, die zu dem Willen der Wähler im schroffsten Widerspruch stand. Der „Neue Vorwärts“ konnte aus eigener Berichterstattung die Wahrheit feststellen, wonach sich 85 Prozent der Abstimmenden in schärfsten Protest zum Hitlerismus und seinen „Vertrauensmännern“ geäußert hatten.

So hatten die Abstimmungen der Betriebe 1934 und 1935 als ausgesprochene Misstrauenswahlen geendet, aber die Schlaumeier vom Propagandaministerium hofften, mit verbesserten Schwindelmethoden die nächste Wahl wieder in einen „Sieg“ umdeuten zu können. Also wurden im Januar 1936 die Wahlen für den 3. und 4. April ausgeschrieben. Der Ley hatte zunächst eine rein politische Wahlparole ausgegeben. Unter dem Schlagwort „Fett oder Erz“ sollten sich die Arbeiter für oder gegen den Führer entscheiden.

Die Betriebswahlen sollten im grossen nationalistischen Rummel, wie er den sogenannten Reichstagswahlen vom März 1936 vorausgegangen war, aufgehen. Aber die Betriebsnähe ist für den

Arbeiter zu sehr zum Anschauungsunterricht der Ausbeutung im Dritten Reich geworden, als dass die damalige nationale Hochstimmung einen Wahlerfolg für das Regime hätte erwarten lassen. Der Ley warf am 11. Februar 1936 die politische Wahlparole wieder um und erklärte:

„Die Vertrauensratswahlen sind keine politischen Wahlen, es ist nicht so, dass die Gefolgschaft, die mit Nein stimmt, nicht nationalsozialistisch ist.“

Es sollte dem zweifelhaften Wahlergebnis vorgebeugt werden. Die Abstimmung wurde als Urteil über die einzelne Betriebsführung und über die einzelnen Personen, die kandidierten, gedeutet. — Aber schon wenige Betriebsversammlungen hatten genügt, um die Nazis das ganze Maass des Unmuts der Belegschaften vorauszuahnen zu lassen. Am 11. März 1936 wurde die Wahl aus Angst vor der unentrinnbaren Niederlage plötzlich wieder abgesagt. Die Amtsdauer der Vertrauensräte wurde auf ein Jahr verlängert.

Im Frühjahr 1937 kam es schon nicht mehr zur Ausschreibung der im Gesetz vorgesehenen Wahlen. Am 9. März 1937 wurde die Amtsdauer wiederum, diesmal bis zum 1. Mai 1938 verlängert. Wir haben damals unsere Vermutung ausgesprochen, dass es sich nicht nur um die Verlängerung der Amtsdauer, sondern um die Beseitigung der Wahlen überhaupt handeln dürfte. Die Verlängerung der Amtsdauer wäre auf dem Wege einer Durchführungsverordnung möglich gewesen. Wenn die Verlegung des Wahltermins durch ein besonderes Gesetz erfolgt war, so ist damit eben die entscheidende Bestimmung des Grundgesetzes, wonach alljährlich neu gewählt werden muss, aufgehoben worden. Entscheidend in dem Abänderungsgesetz war die Bestimmung, dass die Vertrauensräte durch die Treuhänder der Arbeit ernannt werden können.

Bis Ende Februar 1938 ist nun keinerlei Anzeichen zu verspüren, dass überhaupt nochmals gewählt werden soll. Im Jahre 1936 wurde die Ausrede gebraucht, dass die zeitlich mit der Betriebswahl zusammen fallenden Reichstagswahlen die Abstimmung über die Vertrauensräte als untunlich erscheinen lassen. 1937 ist die Verschiebung der Wahl ohne Begründung verfügt worden und 1938 wird man wohl den deutschen Arbeitern die endgültige Aufhebung der Betriebswahlen bekanntgeben müssen.

Die Arbeiter verlieren sicher mit diesem weiteren Gewaltstreik keine demokratische Einrichtung, aber das Regime verzichtet auf ein Instrument der sozial-demagogischen Propaganda, weil es die Gefolgschaften zu fürchten hat. Für die Nazis waren diese Scheinwahlen das Kernstück ihrer sogenannten „sozialen Selbstverantwortung“ in den Betrieben. Das „Arbeitertum“ schrieb noch im März 1936 kurz bevor die Wahl abgeblasen worden war (1936 — Folge 24).

„Die Vertrauensratswahl legt den Grund für das Wirken der sozialen Selbstverantwortung.“

Sollte die Naziregierung es etwa im letzten Augenblick noch wagen, sich der grossen Blamage zu entziehen und die Abstimmung kurzfristig anzuordnen, so wird ihr die wohlverdiente Antwort der deutschen Arbeiterklasse nicht erspart bleiben. Bleibt es bei der endgültigen Aufhebung der Wahlen, d. h. der Preisgabe ihrer so viel gerühmten Magna Charta, so hat die Hitler-Diktatur damit der Welt selbst den Beweis ihrer Niederlage im Ringen um den deutschen Arbeiter schlagend erbracht. Die Nazis wissen, dass ihnen die Arbeiter und Angestellten unversöhnlich gegenüberstehen. Darum können sie nach fünf Jahren keine weitere Betriebsabstimmung mehr wagen. Das arbeitende Volk Deutschlands hat den Faschismus kennen gelernt — darum misstraut es ihm. Würde auch das demokratische Ausland den Faschismus kennen, so könnten sich einige nur zeitraubende Versöhnungsaktionen erübrigen.

S. A.

Karbolmädchen. Die Reichsreferentin für den BDM hat einen Aufruf erlassen, in dem sie den jungen Mädchen die Wahl des Schwesternberufes nahelegt. Besonders die Tätigkeit als „Rote-Kreuz-Schwester, die in jeder Notzeit, wenn sie gebraucht wird, selbstverständlich und schweigend ihre Pflicht tut“ wird von ihr als „einer der vornehmsten Berufe der deutschen Mädel“ dargestellt.

Triumph der Lüge?

Die Rede Hitlers vom 20. Februar war in manchen Teilen eine Agitationsrede gegen die Freiheit des Wortes und der Schrift. Sie bedrohte Kritiker, die in ihrem eigenen Lande, in ihrer eigenen Sprache, auf Grund der freiheitlichen Garantien der Verfassung ihres Landes ihre Meinung sagen, mit offener Gewalt.

Wirkt eine solche Drohung? Man schreibt einem führenden Politiker eines westeuropäischen Landes ein Wort zu, das er eine Woche nach dieser Rede Hitlers gesprochen haben soll: „Die Agitation der Emigranten muss endlich aufhören.“ Wir überlegen uns, was Victor Hugo gesagt haben würde, wenn man ihm entgegengehalten hätte: „Die Agitation der Emigranten muss endlich aufhören.“ Oder Zola zur Zeit seines Exils. Aber gleichviel. Hier Hitler, das Reichspropagandaministerium, die Millionenbeträge der braunen Propaganda, die Agenten in allen Ländern, dort die Emigranten, die nichts haben als ihren unerschütterlichen Freiheitswillen und den Mut, die politische Moral zu verteidigen.

Hat man schon einmal von einer amtlichen Stelle eines demokratischen Landes die unwürdige Äusserung gehört: „Die Agitation des Dritten Reiches gegen unsere freiheitlichen Einrichtungen muss endlich aufhören“?

Es hätte Anlässe dazu gegeben. Wie viele befohlenen Pressefeldzüge gegen demokratische Länder hat es im Laufe des letzten Jahres in Deutschland gegeben? Welche demokratischen Staatsmänner sind in der braunen Presse nicht beschimpft worden? Selbst der garnicht hitlerfeindliche Sir John Simon hat sich in der Hitlerrede sagen lassen müssen, dass er ein ... Bolschewist sei.

Muss die sachliche, die absolut wahrhaftige Kritik wirklich in den demokratischen Ländern aufhören, wenn die Lügner der braunen Propaganda, die Terroristen des Dritten Reiches es verlangen? Es ist richtig: Die Freunde der Wahrheit, die nichts als die Wahrheit über Deutschland sagen wollen, müssen darauf gefasst sein, von Land zu Land gehetzt zu werden. Sie müssen damit rechnen, dass die Kapitulation der Kleinen und Schwachen mit der Kapitulation auf ideellem Gebiet beginnt. Aber wer von ihnen verlangen wollte, dass sie schweigen, der täuscht sich gründlich über die Triebkräfte, die ihr Tun bestimmen. Wer die Sache der Wahrheit und der Moral zu der seinen gemacht hat, der hört nicht auf, ihr zu dienen — selbst wenn unter dem Gesichtspunkt politischer Opportunität diese Sache lästig zu werden anfängt, oder ihn selbst von Land zu Land jagt.

Waffen allein schützen nicht gegen die Verwilderung der politischen Moral, gegen die politische Lüge, die als Instrument der Aufpeitschung nationalistischer Kriegsinstinkte benutzt wird, sondern die unbedingte Achtung vor der Wahrheit und der Moral, über alle opportunistischen Erwägungen hinweg.

Hier die Hitlerpropaganda — dort die Emigranten. Reden von Emigranten pflegen nicht über die Rundfunksender der ganzen Welt verbreitet zu werden. Emigranten pflegen auch nicht zu sagen oder zu schreiben: Wer mir widerspricht, auf den wird ein Hagel von Eisen und Stahl niedergehen. Sie vertrauen auf die Kraft der Idee, auf die Sittlichkeit ihrer Sache, auf den Endsieg der Wahrheit. Ist das gefährlicher als die schwere Artillerie? Wenn dem so ist, um so besser!

Aber wer möchte dann Partei nehmen für die schwere Artillerie gegen die sittlichen Kräfte?

Ihre Agitation Deutsche Hetzplakate

Der Reichskolonialbund ist eine amtliche Propagandaeinrichtung in Deutschland. Sein Bundesführer ist der Reichsstadthalter General Ritter von Epp. Der Bund verbreitet in Deutschland grosse Werbeschriften und Plakate. Eines dieser Plakate lautet:

„Wir kämpfen gegen den Bolschewismus in den Kolonien. Mit geschickten Phrasen und verführerischen Redensarten wird das bolschewistische Gift in die entferntesten Gebiete Afrikas getragen und der Versuch unternommen, die Masse der halbzivilisier-

ten Völker gegen Europa aufzubetzen, Europas Rohstoff- und Reservequellen zu verschütten, und die Vernichtung Europas beschleunigt herbeizuführen.“

Der Kolonialbolschewismus wird damit zu einer riesigen Gefahr für alle Völker Europas und für die gulläubigen farbigen Völker selbst, für deren Schutz Europa die moralische Verantwortung trägt.

Deutschland hat in seinen Grenzen den Bolschewismus vernichtet und ist damit zum Retter Europas vor der roten Flut geworden.

Der gemeinsame Abwehrkampf aller Völker Europas gegen den Kolonialbolschewismus erfordert es, dass Deutschland wieder in die Reihe der Kolonialmächte eingeschaltet wird.“

Hitlerdeutschland will in Französisch-Marokko, in Kamerun, im ehemaligen Deutsch-Südwest-Afrika und Deutsch-Ostafrika, am Tschadsee und am Viktorija Njansa Frankreich und England vor dem Bolschewismus retten.

In Hitlerdeutschland gibt es nur eine Sorte von Kundgebungen: amtlich befohlene Hetzkundgebungen. Zu einer solchen Massenkundgebung in der Neuen Philharmonie in Berlin wurde mit einem Plakat aufgefordert, auf dem es hiess:

„Bolschewisten und Juden wollen Aufruhr in der Welt!“

Der Feind, den wir in Deutschland niederschlugen, hetzt im Ausland gegen uns. Mit seinen bekannten Methoden, wie Terror, Mord und Massenverhetzung, versucht er die Welt in Aufruhr zu versetzen und in einen neuen Krieg zu treiben.“

Ganz wie in der Hitlerrede. Wer zweifelt daran, dass diese Sorte von Agitation dazu bestimmt ist, den Angriff des braunen Systems in eine Verteidigung umzulügen, dass sie nichts anderes ist, als ein Stück psychologischer Vorbereitung auf den Krieg?

Die braune Verschwörung

Die Polizei in USA hat eine grosse deutsche Spionageorganisation aufgedeckt. Sie hat 3 Leute verhaftet, eine Reihe weiterer Verhaftungen soll folgen. Bei den Verhafteten ist umfangreiches Spionagematerial über die Verteidigung der pazifischen Küste der USA und über die Panama-Zone entdeckt worden.

Der Chef der amerikanischen Staatspolizei hat erklärt: „Die Verhafteten verfügten über nahezu unumschränkte Kredite, die von den geheimen Agenten einer offiziell in Washington vertretenen Regierung zu ihrer Verfügung gestellt worden sind.“

Die Verhafteten scheinen also die gleiche Rolle in USA gespielt zu haben wie der damalige Militärattaché von Papen im Weltkrieg — heute Botschafter für den „Mittel-europäischen Block unter deutscher Führung“.

Keine Einnischung?

Der Kurswechsel in der englischen Aussenpolitik hat in der von Goebbels dirigierten Presse in Deutschland eine bemerkenswerte Wirkung gehabt. Wie mit einem Schlage haben die englandfeindlichen Meldungen und Erörterungen in der deutschen Presse aufgehört, dafür wird Lord Halifax, „unser Freund“, stürmisch begrüsst.

Lord Halifax hat das Agreement des braunen Propagandaministeriums.

Dem englischen Premierminister und seinem neuen Aussenminister muss diese Reaktion willkommen sein. Wer „Versöhnung“ und Freundschaft mit der Hitlerdiktatur will, muss sich freuen, wenn die Presse der Hitlerdiktatur freundlich tut und guten Willen markiert. Auch, wenn sie schon morgen auf Befehl wieder anders herum schreibt.

Das Hitlersystem selbst würde eine solche Reaktion der fremden Presse als eine Einnischung in innerdeutsche Verhältnisse bezeichnen.

Es ist kein Zweifel, dass in England eine hitlerfreundliche Fraktion existiert, die in enger Verbindung mit führenden Männern des braunen Systems steht. Sie wird geführt von einigen Lords und äussert sich mit Vorliebe im Oberhaus.

Wenn führende Staatsmänner demokratischer Länder Verbindungen zu einer Fraktion im deutschen Regime unterhalten würden mit der Absicht, den aussenpolitischen Kurs des Systems zu ändern, so würden die beteiligten Deutschen wegen Hoch- und Landesverrat geköpft werden, und Hitler würde wilde Kriegsdrohungen ausstossen.

Doppelte Moral? Aber nein, nur Befähigung des Grundsatzes: „Recht ist, was Hitler nützt.“ Und es scheint, dass die Demokratie in Europa aufgehört hat, gegen diesen Satz zu protestieren.

Hans Litten gestorben

Der frühere Rechtsanwalt Hans Litten ist im Konzentrationslager Dachau gestorben. Er hat die Qualen der Folter, die Seelen-

qualen des Opfers des Systems durchgemacht bis zum letzten. Der Tod hat ihn erlöst. An ihm ist eine persönliche Rache Hitlers vollstreckt worden, weil er einst als Anwalt Hitler ins Kreuzverhör genommen hat.

Ein Blutzuge gegen die Verbrechen der braunen Despotie!

Arbeitszwang für Frauen

Göring hat als Beauftragter für den Vierjahresplan angeordnet, dass jedige weibliche Kräfte unter 25 Jahren von privaten und öffentlichen Betrieben und Verwaltungen als Arbeiterinnen oder Angestellte nur noch eingestellt werden dürfen, wenn sie eine mindestens einjährige Tätigkeit in der Landwirtschaft oder in kinderreichen Haushaltungen nachweisen.

Die Arbeitsdienstpflicht der Frauen, die in vier Jahren Weltkrieg zwar öfter diskutiert, aber niemals gesetzlich durchgeführt wurde, wird jetzt im braunen Deutschland Wirklichkeit. Man wartet diesmal garnicht erst bis zum Kriegausbruch. Man steckt schon tief in den wirtschaftlichen Mobilisierungsmassnahmen. Der Arbeitszwang für die Frauen ist nur ein Teil dieser Massnahmen. Das braune System hat angeordnet, dass die weibliche Dienstpflicht von vorherein für alle mit kaufmännischen und Büroarbeiten beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte gilt. Die Arbeiterinnen haben es etwas besser. Von ihnen sind nur die im Bekleidungs- und Textilindustrie und der Tabakindustrie tätigen zum einjährigen Arbeitszwang verurteilt. Das sind Industrien mit einer besonders grossen Zahl weiblicher Arbeitskräfte.

Aber die Frauen in der Industrie mit der nächstgrossen Zahl weiblicher Arbeitskräfte — die Metallarbeiterinnen lässt Göring straffrei ausgehen. Sie sind ihm zur schleunigen Kriegsvorbereitung zu wichtig. Metallarbeiterinnen sind im heutigen Deutschland zu unentbehrlich, als dass sie, wie es am Schluss der Anordnung so sinnig von der „deutschen weiblichen Jugend“ heisst, „die Berufe kennen lernen, die ihrer Wesensart angemessen und die für ihren künftigen Beruf als Hausfrau und Mutter von besonderer Bedeutung sind.“

Die Opfer des weiblichen Arbeitszwanges werden zwar nicht so sehr „Hausfrau und Mutter“ lernen, vielmehr werden die Buchhalterinnen und Schneiderinnen im Laufe ihres „weiblichen Pflichtjahres“ sich eine hübsche Routine im Stallausmistern erwerben, und für diese Kunst werden die Frauen des Dritten Reiches ja noch lange Verwendung haben.

Wer zahlt?

Die Finanzfachleute in aller Welt machen sich ernsthafte Sorgen darüber, wie Deutschland die Schulden, die es im Lauf der letzten fünf Jahre aufgehäuft hat, abtragen soll. Die Höhe der umlaufenden Finanzwechsel geht nach den vorsichtigsten Schätzungen in die Milliarden, der „Griff auf die Zukunft“ ist so kräftig ausgeführt worden, dass ihm keine Zukunft standhalten können. Auch in Deutschland fängt man langsam an, sich mit diesem unheimlichen Thema zu beschäftigen. Rudolf Stucken schreibt im „Finanzarchiv“ 1938 S. 529 ff einen Aufsatz „Kredit als finanzwirtschaftliches Deckungsmittel“, in dem es heisst:

„Im Augenblick der Kreditnahme setzen sich die Bürger der Finanzwirtschaft werden die Bürger, die den Kredit gewähren, z. B. indem sie die neuemittelten Staatsanleihen übernehmen, in der Verfolgung ihrer individualwirtschaftlichen Ziele nicht gestört. In der Zukunft jedoch muss die Belastung, die mit der Erfüllung der Zins- und Tilgungsverpflichtungen verbunden ist, getragen werden; aber erstens wird eine sich über Jahre verteilende geringe Mehrbelastung tatsächlich als weniger störend empfunden als eine einmalige starke Mehrbelastung, und zweitens macht man sich über diese zukünftige Belastung im allgemeinen weniger Gedanken, ein Tathesand, auf den die Regierungen im Parteienstaat allzu oft spekulieren. — man vollbringt dann strahlende Leistungen und überlässt es den Nachfolgern, die Rechnung zu bezahlen.“

Wir waren bisher immer der Ansicht, dass nichts so geeignet sei, ungedeckte Ausgaben zu verhüten, als ein ordentliches Budget und eine Verhandlung darüber, die sich in breiter Öffentlichkeit abspielt. Wir nehmen auch nicht an, dass Professor Stucken neuerdings anderer Ansicht geworden sein sollte. Eher ist zu vermuten, dass er das Wort von den „Regierungen im Parteienstaat“ zu seiner eigenen Sicherheit in den Aufsatz eingeführt hat.

In Bremen hat der Senator für Bildungswesen angeordnet, dass alle Schüler und Schülerinnen, die zu Ostern die Schule verlassen, einen „Ahaenpass“ ausgestellt erhalten.

Die Pioniere

Deutschland und Südslawien

Von der Deutschlandfahrt zurückgekehrt, geben Stojadinowitschs Presseleute offiziösen Bericht und singen das vorgeschriebene Hitlerlied. So liest man im Regierungsorgan „Vreme“:

„In vier Jahren schuf er ein neues deutsches Dorf, eine neue Schule, einen neuen Stil und drückt dem allen seine eigene künstlerische Note auf.“

Das „neue deutsche Dorf“ steht in verbissener Opposition gegen das braune System, und die neue Schule bleibt nach den Aussagen gleichgeschalteter deutscher Schulmänner um ein volles Drittel hinter den geistigen Leistungen der früheren Schule zurück. Von der künstlerischen Note aber braucht man nach der Münchner Kunstausstellung nicht mehr zu reden.

Die Nazipresse drückt diesen offiziösen Schmus eifrig nach und feiert die „neue deutsch-jugoslawische Freundschaft“. Ja, sie konnte kürzlich sogar berichten, dass ein Deutscher, der Rundfunkingenieur Weege, das „Nibelungenlied der Serben“ gedichtet habe, geehrt und anerkannt von der gesamten südslawischen Presse.

Warum nicht die volle Wahrheit? Weege kam zwei Jahre nach Kriegsende an den demokratischen Belgrader Rundfunk, wurde oberster Leiter und beschäftigte sich mit serbischer Geschichte, die ein anderer Deutscher, der Sozialdemokrat Hermann Wendel, in einem grundlegenden Werk (Der Südslawen Kampf für Einheit und Freiheit) durchleuchtete. Weege sammelte die serbischen Volkslieder und formte daraus in gebundener Sprache ein Werk von 20 000 Versen.

Also: Ein deutscher Sozialdemokrat vertrat die berechtigten Forderungen der Südslawen als erster deutscher Abgeordneter schon in der Kriegszeit und schrieb den Südslawen ihr klassisches Geschichtswerk; ein deutscher Demokrat dichtete ihr Nibelungenlied; ein deutscher Sozialdemokrat, Adolf Köster, knüpfte nach dem Kriege als Gesandter in Belgrad die Fäden zwischen den beiden Ländern; und die erste, 1919 von Hermann Wendel gegründete deutsch-südslawische Gesellschaft bestand aus Sozialdemokraten und Demokraten. An dieser Pionierarbeit haben die Völkischen aller Farben keinerlei Anteil. Dafür versuchen die braunen Eskamoteure jetzt auch diese Leistungen zu stehlen, dies Stück Geschichte zu fälschen oder auszulöschen. Hermann Wendel und Adolf Köster sind tot, aber ihre Namen leben im jugoslawischen Volke unsterblich weiter.

Der nervöse Schwächling

Richter

als Gewissensathleten

Heft 3 der Juristischen Wochenschrift 1938 berichtet auf Seite 105 über einen Fall von Misshandlung, der sich im Jahre 1933 abgespielt hat. Das Reichsgerichtsurteil ist am 4. November 1937 verkündet worden. Es ist anzunehmen, dass die Sache vor zwei bis drei Jahren anhängig gemacht worden ist. Bis dahin, d. h. bis 1934—35 dürfte der Kläger an der Klageerhebung verhindert gewesen sein, möglicherweise durch Freiheitsentzug. Soweit das Urteil in der Zeitschrift wiedergegeben wird, enthält es allerdings keinen Hinweis darauf, dass die Beklagten beamtete Nationalsozialisten (SA oder SS-Leute) waren. Aber der Tatbestandsbericht spricht dafür, und auch der Umstand, dass in dem Urteil nichts darüber zu lesen steht, aus welchem Grunde, bei welchem Anlass und an welchem Orte es zu den groben Misshandlungen gekommen ist. Diese Umstände werden in derartigen Fällen, da sie zur Beurteilung der seelischen Folgen nahezu unentbehrlich sind, bei Körperverletzungsverfahren meist publiziert. In dem Urteil — RG. VI 139-37 — fällt besonders der nationalsozialistische Geist auf, der die Oberlandesgerichtsräte in Deutschland besetzt:

„Am 20. November 1933 ist der Kläger von den Beklagten misshandelt worden. S. schlug ihn mit Fäusten und stieß ihn mit Füßen, während G. mit einem Handstock, St. mit einer Peitschenkeule und P. mit einem Ochsenziemer auf ihn einschlugen.“

Zur Höhe des Schadens führt das Berufungsgericht im wesentlichen aus: Bei der Schlägerei habe der Kläger nur eine abgelaufene Stelle in Größe eines Reichsmarkstückes; Ränder der Ohrmuscheln abgeledert und mit Blutkrusten bedeckt; Brustkorb in der rechten Ach-

Schweden wird beschimpft

Auch keine Einnischung

Wüste Beschimpfung aller demokratischen Staaten und Staatsmänner, — das ist die von oben befohlene ständige Hauptbeschäftigung der nazistischen Zeitungsleute. Grosse und berechtigte Empörung hat in ganz Schweden die ungeheuerliche, wahrhaftig noch nie dagewesene Art und Weise ausgelöst, auf die Berlin gegen die Vorführung des zurzeit in Stockholm laufenden amerikanischen Films „Spion 33“ zu protestieren beliebte. An dem Film, der die in solchen Dingen recht strenge und vorsichtige schwedische Zensur passiert hat, haben weder die Zensoren noch Publikum und Presse irgend etwas wahrnehmen können, was geeignet wäre, deutsches Nationalgefühl zu verletzen. Nach Ansicht der Hitlerregierung und ihres Stockholmer Sendboten aber stellt der Film eine Verhöhnung der deutschen Armee dar. In einer offiziellen Äusserung der Naziregierung, die im Zusammenhang mit dieser Affäre getan wurde, heisst es wörtlich — laut Zitat im schwedischen Regierungsorgan „Sozial-Demokraten“ und der übrigen schwedischen Presse:

„Wir hoffen nicht nur, sondern erwarten ausdrücklich, dass der Film vom Kinoprogramm gestrichen wird. Wir werden in dieser Sache keinesfalls nachgeben. Dass im Jahre 1932 ein derartiger Hetzfilm in einem Land wie Schweden gezeigt wird, ist mehr als ein Verbrechen, es ist eine Unanständigkeit.“

selbige geschwollen, auf Druck schmerzempfindlich; ausserdem habe er eine ganz leichte Gehirnerschütterung davongetragen. Organisch bedingte Störungen der Hirntätigkeit oder des Nervensystems seien durch die Verletzungen nicht verursacht worden, wohl aber eine gewisse Schockwirkung. Die äusserlichen Verletzungen würden ein normal veranlagter Mensch in wenigen Tagen restlos überstanden haben. In dem Klager habe jedoch eine gewisse, bis dahin verborgene, psychisch-abnorme Veranlagung gesteckt, die ihn zu einem nervösen Schwächling gemacht habe.“

In dem Urteil wird weiter ausgeführt, weil der Kläger ein „nervöser Schwächling“ sei, hätten sich die Folgen der Misshandlung bei ihm schwerer ausgewirkt. Er habe zunächst zwei bis drei Wochen im Bett liegen müssen, sei weitere zwei bis vier Wochen beschränkt arbeitsfähig gewesen und im Januar-Februar 1934 noch 40 Tage arbeitsunfähig. Damit nicht genug, hätten sich die psychischen Störungen wieder eingestellt und seien nach seiner Behauptung seither konstant geblieben.

Das Oberlandesgericht findet für die Begründung der Abweisung des Rentenbegehrens folgende hübsche Worte:

„Der Kläger sei vielmehr auf Grund seiner Veranlagung nachträglich den Begehrensstellungen nach einer Rente und den Vergeltungsbestrebungen erlegen. Diese Vorstellungen und Bestrebungen seien nicht eine weitere Folge einer nervösen Krankheit, die durch die Schlägerei, insbesondere die Schockwirkung, in Verbindung mit der schwächlichen Anlage, hervorgerufen sei; eine solche sei für kurze Zeit nach dem Unfall vorhanden gewesen, dann aber abgeklungen. Es handele sich vielmehr um zweckbewusste Reaktionen eines wenig widerstandsfähigen Menschen auf den Rechtsstreit... Auch wenn man aber diese Gesundheitsstörungen als durch den Unfall verursacht ansehen würde, müsste der Kläger sich nach § 254 B. G. B. entgegenhalten lassen, dass er den weiteren Schaden vorwiegend und auf Grund überwiegenden eigenen Verschuldens dadurch mitverursacht habe, dass er unterlassen habe, die Begehrensstellungen und Vergeltungsbestrebungen zu bekämpfen.“

Also, kurz gesagt, der Kläger hat seinen Zustand verschuldet, weil er seine Nerven nicht gezügelt hat, Fäuste, Füße, Handstock, Peitschenkeule und Ochsenziemer haben das wenigste getan, denn das Urteil spricht ausdrücklich von „überwiegendem eigenen Verschulden“. Da kann man nur sagen: Wir wünschen den Oberlandesgerichtsräten, dass sie bei kommenden Gelegenheiten nicht Schwächlinge, sondern normal veranlagte Menschen sein mögen.

Germany wishes to castrate you

Man schreibt uns: Vor kurzem fragte mich eine Ausländerin, Frau eines Universitätsprofessors, ob sie ungehindert durch Deutschland werde reisen können. Da die Dame Arierin und sozialistischer Neigungen nicht im geringsten verdächtig war, meinte ich, die Frage bejahen zu müssen. Ich würde das nicht so ohne weiteres getan haben, hätte ich die Entscheidung Wg 1069-37 des Erbgesundheits-Obergerichts Berlin (Juristische Wochenschrift 1938 S. 399) schon gekannt. Dort hatte sich auch eine Ausländerin auf der Durchreise in einem Berliner Hotel ein Zimmer gemietet. Und dann folgte:

Vielleicht glauben die Herren Führer sich derlei hysterische Wutausbrüche und Bepfeulen gegenüber dem „blutsverwandten“ Norden deswegen leisten zu können, weil sie dort sowieso nicht viele Sympathien zu verlieren haben...

Wie dem aber auch sei: das Goebbelsministerium ist ohne Zweifel zurzeit mit erhöhter Energie und mit allen Mitteln der Erpressung und Drohung bemüht, die Gleichschaltung und Knechtung allen geistigen Lebens auch jenseits der Reichsgrenzen zu verwirklichen. Besonders auf den Norden hin konzentriert man gegenwärtig viel Kraft und Mühe, wengleich die Erfolgchancen dort recht gering sind. So hat z. B. die Hitlerregierung jetzt durch einen schwedischen Advokaten eine Klage gegen eine der grössten und angesehensten schwedischen Zeitungen einbringen lassen, gegen die „Göteborgs Handels-och Sjöfartstidning“, deren Stimme auf der ganzen Welt beachtet wird, und die als Repräsentant des fortschrittlich gesinnten schwedischen Bürgertums gilt. Das Blatt hatte anlässlich des fünfjährigen Hitlerjubiläums einen Rückblick auf die bisherigen „Leistungen“ des Regimes gebracht und dabei selbstverständlich gewissen Taten der Nazis den Namen gegeben, den sie nach zivilisierten Rechtsbegriffen erweislich verdienen: Mord. Un-

„Sie war als Hausangestellte in England und befand sich auf der Durchreise nach ihrer ausserhalb Deutschlands befindlichen Heimat; gelegentlich ihres Aufenthaltes in Berlin wurde sie in ihrem Hotel auffällig und auf ärztliche Anordnung in eine Anstalt eingewiesen. Eine Auskunft der Polizei hat bestätigt, dass die Betroffene das Reichsgebiet nur aus Anlass einer Durchreise betreten hat, dass sie offenbar keineswegs beabsichtigte, im deutschen Reich zu verbleiben, und dass sie lediglich der Ausbruch der Krankheit verhindert hat, die ihre Reise ins Ausland fortzusetzen.“

Während sie in dem Krankenhaus Heilung suchte und soweit fand, dass der Anfall abklang, setzte der Amtsarzt pflichtgemäss das Erbgesundheitsgericht in Kenntnis, und es entschied:

„Das Erbgesundheitsgericht hat die Unfruchtbarmachung der Betroffenen angeordnet, weil diese an Schizophrenie leide.“

Zwar hat die zweite Instanz diesen Spruch auf Antrag des Pflegers aufgehoben. Aber es hat wenig daran gefehlt, dass man die Operation an der Ausländerin vornahm. Unsere Wälder rauschen, unsere Weine laben und — unsere Seziermesserchen sind geschliffen.

Reklame und Rasse

Das Dritte Reich hat jetzt den jüdischen Geschäftsleuten das Annoncieren verboten. Keine Zeitung — gleichviel ob Parteiorgan oder nicht — darf fortan das Inserat eines Juden entgegennehmen. Wer eine Anzeige aufgeben will, wird also wohl erst seinen Ahnenpass vorlegen müssen...

Freilich: in gewissen Fällen nimmt das braune Deutschland mit Wonne und Entzücken jüdische Inserate entgegen und ist sogar bereit, für jüdische Verleger und Autoren Reklame zu machen, — nämlich wenn es sich um unpolitisch-schöngeistige Verlage handelt, die ihren Sitz im Ausland haben und ihre Annoncen in Devisen bezahlen. Wo Devisen zu ergattern sind, da schweigt die Stimme des Blutes. Kasse geht vor Rasse. Und so ist denn jede Nummer des Buchhändler-Börsenblattes voll mit derartigen Annoncen jüdischer Auslands-Verleger...

Gleichzeitig aber — o sinnreiche Arbeitsteilung! — erscheint neuerdings regelmässig in der „Neuen Literatur“ des Herrn Will Vesper eine „schwarze Liste“, die jedes im Börsenblatt abgedruckte Auslandsinserat auf seine rassistische Herkunft hin untersucht und den Buchhändlern Warnsignale gibt, sobald irgend ein nicht mit den vorgeschriebenen arischen Grossmüttern gesegneter österreichischer oder schweizer Verleger im Börsenblatt seine rassenfremde Buchproduktion gegen teure Devisen anpreist. Eine solche schwarze Liste sei unbedingt notwendig, — versichert Vesper im Januarheft seines Blattes. Sie kläre sowohl den Buchhändler wie auch den Rezensenten auf. Denn:

„Selbst in Parteiblättern werden oft noch Bücher jüdischer Autoren oder Verlage mit liebevoller Unkenntnis besprochen. Auch dagegen wird die Liste helfen.“

Sie wird. Eigentlich sollte ja der gepriesene arische Blubo-Instinkt die braunen Buchbesprecher davor bewahren, dass sie jüdischen Machwerken aus „liebevoller Unkenntnis“ Beifall zollen. Aber besser und

ter anderem hiess es in jenem Artikel:

„Es wäre sehr zu beklagen, wenn gegen die Mitglieder der herrschenden Gang irgendwelche Attentate verübt würden... Sie sollen eines künftigen Tages unbehelligt Gelegenheit haben, sich vor einem Volkstribunal für ihre Handlungen zu verantworten und die von Recht und Gesetz vorgeschriebenen Folgen auf sich zu nehmen... Keine Vergeltung ist so erbarmungslos, wie die vom Recht und von der Wahrheit geübte.“

Dieser Aufsatz also diene der Hitlerregierung zum Vorwand ihrer kuriosen Klageschrift, in der es u. a. als eine Pflicht der schwedischen Regierung bezeichnet wird, gegen die Handelstidning einzuschreiten.

Mit anderen Worten: Goebbels erhebt Anspruch darauf zu entscheiden, was die Auslandspresse über Deutschland schreiben darf und was nicht. Die neuen Versuche, die öffentliche Meinung des freien demokratischen Schweden unter Berliner Diktat zu bringen, werden ebenso scheitern wie alle bisherigen Vorstösse dieser Art. Dennoch: die Einschüchterungsattacke, die vom Dritten Reich um des lieben „Pressfriedens“ — Erpressesfriedens! — willen nach allen Windrichtungen hin unternommen wird, stellt, wie wir bereits mehrfach gezeigt haben, eine ernste Gefahr dar, der die demokratischen Regierungen im Interesse von Freiheit und Kultur gar nicht entscheiden genug gegenüber treten können!...

Spitzel

Szene aus dem Dusseldorfer Steuerskandal-Prozess, wörtlich dem Gerichtsbericht der „Kölnischen Zeitung“ vom 29. Januar entnommen:

„Bei der Vernehmung des Zeugen Wagenführ (jetzt beurlaubter Nazi-Oberbürgermeister von Düsseldorf) wurde auch die Frage der Honorierung von „Spitzeln“ angeschnitten. Wie Esch (der Hauptangeklagte) gestern hierzu ausführte, habe er, da er aus öffentlichen Mitteln kein Geld dafür bekommen habe, einen „Vertrauensposten-Fonds ausserhalb des Haushalts“ geschaffen. Dr. Wagenführ erklärte, dass er niemals in seinem Leben, weder öffentlich noch still, durch Verfügung sein Einverständnis zu einem solchen Sonderkonto gegeben hätte. Ihm sei auch von einem solchen Konto nichts bekannt. Belohnungen an Vertrauensleute seien an sich zulässig. Wenn Belohnungen gezahlt worden seien, dann sei es offiziell gewesen. Aber auch da sei ihm von einem solchen Fall nichts bekannt. Dr. Wagenführ gefiel der vom Gericht gebrauchte Ausdruck „Spitzel“ überhaupt nicht recht, worauf der Vorsitzende scherzhaft meinte: Den Spitzel nennt man auch nicht Spitzel, sondern Vertrauensmann.“

Die deutschen Richter kennen die politische Unterwelt, in deren Dienst sie stehen, ganz genau. Aber sie dienen.

Der zuwidere Typ

Das Zentralorgan des NSD-Studentenbundes „Die Bewegung“ warnt seine Leser vor den „hemmungslosen Individualisten“, die „aus mangelndem Gemeinschaftsinn jeden Anschluss vermeiden haben“. Nämlich jeden Anschluss an den braunen Exerzier- und Protektionsbetrieb.

„Diese Leute verstanden es meisterhaft, ihr unerfreuliches Verhalten mit der Maske intensiver Arbeit zu tarnen. Sie verstanden es, als ellenbogenbüchtige Strebende sich die besondere Zuneigung ihrer Dozenten zu erschleichen, und es gelang ihnen auch gelegentlich, durch gute Prüfungsergebnisse der staunenden Mitwelt zu beweisen, dass es eben doch besser ist zu arbeiten, als seine wertvollen Kräfte an irgendwelche „Vereinsangelegenheiten“ zu verschwenden... Dieser Typ Freistudent war und bleibt uns zuwider und wir begrüssen daher aufrichtig, dass der Reichsstudentenführer für dessen Beseitigung eintritt.“

Gute Prüfungsergebnisse können nicht mehr durch intensive wissenschaftliche Arbeit erschlichen werden, man muss sie sich ehrlich mit den Beinen verdienen.

Die Hackerbräu-AG. in München konnte ihren Betriebsgewinn von 5,6 Millionen Reichsmark im Jahre 1934-35 auf 6,1 Millionen Reichsmark im Jahre 1936-37 oder um fast 10 Prozent erhöhen. Die ausgezahlte Dividende stieg von 130 000 Reichsmark auf 194 000 Reichsmark oder um rund 50 Prozent. Die Summe für Löhne und Gehälter erhöhte sich nur von 1,43 Millionen auf 1,51 Millionen Reichsmark oder um wenig mehr als 5 Prozent.

Berichte aus Deutschland.

Die erwünschte Person

Sozialisten, Wissenschaftler und Künstler, die auf Grund der Ausbürgerungsbestimmungen aus dem Reichsverbande ausgestossen werden, bezeichnet die Rechtsprache als „unerwünschte Personen“. Die gesetzlichen Bestimmungen heben insonderheit solche Leute hervor, die die deutsche Staatsbürgerschaft erst nach dem 1. Juli 1914 erworben haben. Dass man auch Milde walten lässt, zeigt folgender Fall, den wir dem Beschluss — I RB 287-36 — des Reichserbhofgerichtes entnehmen.

„G. habe von 1920 bis 1926 in P. als „Rittergutsbesitzer“ gelebt und sich Chausseur und livrierte Diener gehalten. Bei seiner Rückkehr nach P. habe er sich als alter Kämpfer der Partei aufgespielt, habe sich dann aber, mit der Führung eines SA-Sturmes beauftragt, eine Reihe von Verfehlungen zuschulden kommen lassen, sich auch einen höheren Dienstgrad, als ihm zugestanden habe, beigelegt. Nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus sei er erster Bürgermeister in P. geworden, habe sich aber nicht halten können, weil sich in den Gemeindefinanzverhältnissen Fehlbeträge herausgestellt hätten, die nach den Akten des Bezirksamtes schon bis in die Zeit vor dem Inkrafttreten des Reichserbhofgesetzes zurückgingen. G. habe ferner wegen der Rückstände an Gemeindefinanz und Steuern, insbesondere der Biersteuer fortgesetzt gemahnt werden müssen. Er habe Geld, das er als Bürgermeister für den Ankauf von Obstbäumen von Gemeindegliedern erhalten habe, nicht an den Verkäufer abgeliefert.“

Ja, und von diesem Herren, der ein so lustiges, parteiamtliches Leben führte, heisst es dann weiter:

„Wann G., der früher englischer Staatsangehöriger gewesen sei, die deutsche Staatsangehörigkeit erworben habe, stehe nicht fest, angeblich solle es 1932 geschehen sein.“

Gerade rechtzeitig genug, um der Segnungen des korruptionslosen Staates teilhaftig zu werden. Aber wohl gemerkt, man streitet sich mit ihm nicht darum, ob er wieder ausgebürgert werden solle, sondern es geht nur um die Feststellung, ob er erbberechtigt ist oder nicht. Beinahe wäre er auch das noch geworden, denn:

„Abschliessend hat das Anerbengericht ausgeführt, dass G. heute an seinem Besitz wie ein richtiger Bauer hänge und nach besten Kräften bemüht sei, das Anwesen ordentlich zu bewirtschaften.“

Dass die erwünschte Person nicht Erbbauer wurde, lag nur daran, dass er ein zweites Gut erwarb:

„Den Erwerb des zweiten Gutes in H. hat es (das Anerbengericht) als unbäuerlich und kapitalistisch bezeichnet, da der Eigentümer sonst niemals sein Per Anwesen derart belastet hätte, um ein zweites Gut zu erwerben.“

Etwas unterschlagen darf man schon, man darf nur von dem so erworbenen Gelde kein zweites Gut kaufen, wenn man ein richtiger Bauer bleiben will. Deutscher Volksgenosse bleibt man in jedem Falle.

Die harmlosen Mitreisenden

Man schreibt uns:

Der „Neue Vorwärts“ veröffentlichte jüngst eine sehr berechtigte Warnung. Auf Grund von bitteren Erfahrungen, die nach dem Auslande reisende Deutsche nach ihrer Rückkehr ins Dritte Reich gemacht hatten, mahnte er zur Vorsicht bei der Auswahl des Quartiers. Volkshäuser, Hotels und Pensionen, in denen Emigranten verkehrten, ständen unter Beobachtung von Spitzeln der Gestapo.

Diese Warnung ist aber noch nicht ausreichend. Die Rückfahrer müssen sich auf der Heimreise vor Gesprächen in der Eisenbahn hüten, auch wenn sie nur entfernt politische Fragen streifen. Kürzlich fuhr eine Frau, die sich auf einer kurzen Erholungsreise in der Tschechoslowakei befunden hatte, nach ihrer Heimatstadt nach Sachsen zurück. Kurze Zeit, nachdem der Zug Prag verliess, kam sie mit einigen gut gekleideten Männern ins Gespräch. Es ergab sich wie von selbst eine Unterhaltung über die Zustände im Dritten Reich, das in aller Harmlosigkeit und unter scherzhaften Randbemerkungen geführt wurde.

Gleich hinter der deutschen Grenze dreht einer der Männer den Rockaufschlag um, zeigte seine Polizeimarke und erklärte die Frau für verhaftet, weil sie „nichtsinnige Bemerkungen“ über Führer und Reich gemacht habe. In der nächsten grösseren Grenzstadt wurde sie zum Aussteigen genötigt und ins Gefängnis geführt. Hier unterzog man sie einem langen Verhör über

Terror in Oberschlesien

Spitzelei bis in die Familien

Aus Hindenburg wird uns berichtet: Die Abwehr der *Preussagbelegschaften* gegen den Raubzug der Arbeitsfront auf die Sterbekassen hat die Gestapo auf den Plan gerufen. In der Zeit zwischen dem 15. Januar und 5. Februar sind auf den Preussaganlagen um Hindenburg *jeden 30 Verhaftungen* vorgenommen worden, in *drei Fällen* sind *Entlassungen* erfolgt, und zwar von Angehörigen der Werkscharen, hier Grenzschutz, weil sie gegen die Schreier nicht eingegriffen haben. Die Verhafteten sind wieder in Freiheit, man hat ihnen nichts nachweisen können, dass sie in der fraglichen Versammlung Opposition getrieben haben.

Am 23. Januar hat man nun doch die *Angliederung der Sterbekassen an die Arbeitsfront vollzogen*. Der *Oberregierungspräsident von Breslau hat eine Verordnung erlassen*, wonach die *Betriebssterbekassen der Arbeitsfront angegliedert werden müssen*.

Die Belegschaften der Preussag wurden nach dem Kasino der Donnersmarckhütte in Hindenburg berufen, d. h. nur die Amtsleiter und Vertrauensräte, wer sonst hinein wollte, musste sich durch drei Lohnbeutel und die Rentner durch die drei letzten Quittungen ausweisen, dass er seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. Der *SA-Sturm Hindenburg* wurde zur „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ eingesetzt, wirkliche Arbeiter aus den Betrieben der Preussag waren in sehr geringer An-

zahl vertreten. Der Vertrauensratobmann verlas die Verordnung des Oberpräsidenten, worauf die Abstimmung erfolgte. Da niemand dagegen stimmte, galt die Angliederung als angenommen. Dann erging sich *Kreisleiter Ring* in Androhungen gegen die Belegschaften wegen der „kommunistischen Umtriebe“ in der Guidobelegschaftsversammlung, die ja keinen anderen Zweck verfolgte, als eben die Verordnung des Oberpräsidenten durchzuführen. Auf diese Weise ist die Arbeitsfront um 135 000 Mark Sterbekassengelder sämtlicher Preussaganlagen bereichert worden, nachdem man die Belegschaften betrogen hat und sie nicht mehr zur Mitbestimmung zugelassen hat.

Die Opposition der Belegschaft der Preussaggruben im Falle der Sterbekassen hat noch weitere Folgen gezeitigt. Die *Blockwarte* in den Arbeitersiedlungen sind neu eingeteilt worden.

Auf je fünf Familien wurde ein Blockwart bestellt, der nun die Aufgabe hat, dafür zu sorgen, dass die Familienangehörigen alle Naziveranstaltungen besuchen. Der Blockwart hat die Familie zur Kundgebung zu bringen und muss sich innerhalb seines Blockkreises aufhalten, bis die Kundgebung zuende ist. Es ist auch an diese Naziblockwarts der Befehl ergangen, über alle Vorgänge in den Arbeiterfamilien zu berichten, besonders, welche Radiosendungen sie hören.

Interessant ist weiter die Feststellung,

dass die fraglichen Verhaftungen der Arbeiter nicht bei Tag, sondern nur des Nachts vorgenommen wurden, wobei der Blockwart angeben musste, ob der Mann zuhause sei. Die Frauen wurden verpflichtet, über die Verhaftungen Still-schweigen zu bewahren. Die Gestapoabteilung in Hindenburg wurde mit vollkommen neuer Mannschaft ausgestattet, da angeblich die früheren Gestapospitzel versagt haben, weil sonst eine solche offene Opposition nicht möglich gewesen wäre.

Infolge der Nahrungsmittelknappheit der letzten Wochen konnte man im Industriebezirk wieder die verschiedensten Aufschriften auf den Kohlenförderwagen bemerken. Eine Aufschrift, wiederholte sich immer wieder: Hitler gib uns Speck oder du musst weg!“

Diese Aufschriften haben immerhin einen Erfolg gezeitigt, seit einigen Tagen ist in der Fettversorgung eine Besserung im Industriegebiet eingetreten, aus *Gleitwitz und Beuthen* wird berichtet, dass die vorhandenen Mengen direkt auffallen, nachdem gerade in diesen beiden Städten beim Schlangestehen nach Fett und Speck zahlreiche Verhaftungen von Frauen vorgenommen werden mussten.

Alle diese Erscheinungen werden innerhalb der Arbeiterschaft eifrig diskutiert und gerade die Vorgänge bei der Preussag so gedeutet, dass die Arbeiterschaft immer noch ein Faktor ist, mit dem die Nazis rechnen müssen.

Betrogener Mittelstand

Die Tatsache ist schon oft konstatiert worden: diejenigen, denen Hitler einst am freigiebigsten goldene Berge versprach, sind hinterher vom Regime mit am tiefsten enttäuscht und verraten worden. Der erste dicke Strich durch die Rechnung kam gleich 1933 als die versprochene Schliessung der grossen Warenhäuser, von der kleine Einzelhandel sich goldene Berge erwartete, schnelligst in jener tiefen Versenkung verschwand, in die auch die Sozialisierung der Grossbanken, die „Brechung der Zinsknechtschaft“ und viele andere schöne Propagandaschlager hinabsegelten.

In der Zeit des „Kampfes um die Macht“ redeten die Nazis ununterbrochen von der „Rettung des Mittelstandes“, die sie vollbringen wollten. Vor allem: Rettung des Handwerks. Dem Handwerk müsse die „Ehre“ und der „goldene Boden“ wiedergegeben werden, gute deutsche Qualitäts-Handarbeit müsse an die Stelle des unpersönlichen, seelenlosen Maschinenprodukts und Massenartikels treten usw. Man kennt diese Phrasen. Und wie sieht nun der bisherige Endeffekt dieses edlen Strebens aus?

Allein im Jahre 1936 haben 132 000 Handwerksbetriebe in Deutschland aufgehört zu existieren und die Zahl derer, die im Laufe des Jahres 1937 von der Bildfläche verschwanden, dürfte wahrscheinlich noch erheblich höher sein, denn allein im ersten Quartal 1937 waren es 40 968 Werkstätten, die geschlossen wurden, gegenüber 29 351 im ersten Quartal 1936. Wohl gemerkt: die zitierten Ziffern entstammen einer offiziellen nazideutschen Publikation, dem „Jahrbuch des deutschen Handwerks“. All diese unzähligen kleinen Handwerksmeister, die grösstenteils einst Hitler jubelnd begrüßten, weil sie — töricht genug — von ihm Rettung vor der Gefahr der Proletarisierung erwarteten, — alle diese kleinen Handwerksmeister und selbständigen Werkstättenbesitzer, sie sind gerade vom Hitler-Regime planmässig und bewusst in das grosse graue Heer der Lohnsklaven hinabgestossen

die mit ihrer Reise verbundenen Absichten und über ihre Beziehungen. Dabei handelt es sich um eine vollkommen unpolitische Frau. Sie befindet sich noch heute in Untersuchungshaft.

Darum Vorsicht bei Zugesprächen, auch wenn die Gesprächspartner, wie es in diesem Fall geschehen ist, mit ihrem ausländischen Pass Gutgläubige in Sicherheit wiegen und dazu noch behaupten, dass ihr Reiseziel vor der deutschen Grenze liege!

worden. Warum? Kanonen sind eben nicht nur wichtiger als Butter, sondern auch selbstredend wichtiger als alle sonst so laut gepriesene Handwerksherrlichkeit. Für die Aufrüstung und den ihr dienenden Vierjahresplan wurden in grosser Zahl handwerklich geschulte Arbeitskräfte gebraucht. Wer nicht freiwillig den Laden zumachen und als Lohnarbeiter in die Rüstungsindustrie gehen wollte, der wurde dazu kurzerhand gezwungen. Man machte das sehr einfach: Ueberall im Reich wurden die Handwerksmeister aufgefordert, sich einer erneuten Nachprüfung ihres Könnens zu unterziehen, gleichsam die Meisterprüfung noch einmal zu machen. Im Handwerk käme es ja bekanntlich auf höchste Qualität an und nur Leute mit besonders hohem Leistungsstandard seien hier am Platz. Die übrigen würden für die Aufrüstung gebraucht. Die Prüfungen selbst waren meist reine Farce. Man sorgte schon hinreichend dafür, dass die erwünschte Anzahl Prüflinge durchfiel. Ihnen wurde die Erlaubnis zu selbständiger Ausübung ihres Berufs damit automatisch entzogen. Der Rüstungsbetrieb nahm sie auf. Sie sind Proletarier geworden, Lohnarbeiter. Und sie werden eines Tages — sobald die Rüstungskonjunktur vorbei ist — die Zahl der Erwerbslosen mehren. Mit der Stempelkarte in der Hand werden sie vor den Arbeitsämtern Schlange stehen und wehmütig Betrachtungen über den „Führer“ anstellen, der einst gelobt hatte, sie mit starker Hand vor dem Absinken ins Proletariat zu schützen.

Nebenbei gesagt: zahlreiche kleine Handwerksbetriebe sind auch ganz einfach an der Rohstoffknappheit zugrunde gegangen. Für Zwecke, die nicht der Aufrüstung dienen, sind selbst ganz geringfügige Quantitäten zahlreicher Rohstoffe nur noch unter grössten Schwierigkeiten und oft überhaupt nicht mehr zu beschaffen.

Betrogener Mittelstand! Mit welchem Gefühl mögen die Berliner Geschäftsinhaber wohl zur Kenntnis nehmen, dass das *Riesenwarenhaus Wertheim* nunmehr in die denkbar arischsten Hände, nämlich in die des Herrn *Dr. Ley*, übergeht. Die Arbeitsfront hat den Betrieb übernommen. Dieselben Nazibonzen, die einst mit der Parole „Schliessung der Warenhäuser!“ die Wahlstimmen der kleinen Ladeninhaber gewannen, sind nun selbst nicht nur Villen- und Ritterguts-, sondern auch Warenhausbesitzer geworden. Denn praktisch läuft es darauf hinaus. *Ley* und Konsorten haben über die Besitztümer der DAF das unbegrenzte Verfügungsrecht, sie bestimmen au-

toritär, was mit den Einnahmen zu geschehen hat und bewilligen sich gegenseitig nach Herzenslust die dicken Summen, die sie brauchen, um ihr schlichtes Schlossherrendasein in der Volksgemeinschaft zu fristen. Die Zwangsmittel der von ihnen geführten „Organisationen“ haben lediglich das Recht, stramm zu stehen und Beiträge zu zahlen.

Die kleinen Geschäftsinhaber in Berlin werden sich jedenfalls künftig verdammt hüten, allzu laut Klage über die drückende Konkurrenz der Warenhäuser zu führen.

Warum tut er es nicht?

Auf einer *Grube im Ruhrgebiet* war wieder einmal Betriebsappell. Die Belegschaft war in grosser Zahl erschienen. Der Direktor der Schachtanlage behandelte in seinem Referat den Leistungskampf der Betriebe und forderte von der Belegschaft grösste Leistungssteigerung. Während des einstündigen Vortrags hüllte sich die Belegschaft in eisiges Schweigen. Nach dem Bergwerksdirektor sprach *der Gauobmann*. Er versuchte die Belegschaft mit einer raffinierten Demagogie für die vom Bergwerksdirektor vertretenen Forderungen einzufangen. Während seiner demagogischen Rede hagelte er starke Zwischenrufe. Grosse Unruhe setzte ein, als er über den Lohn sprach und den Kumpels ins Gesicht schleuderte: Es hätte nur einer Unterschrift des Führers unter eine entsprechende Verordnung bedurft, um die Lohneinkünfte des Arbeiters nominell zu erhöhen. Die Kumpels schrien, ob dieser Gemeinheit: „*Warum tut er es nicht?*“ oder „*Ihr steckt alles in die Kanonen.*“ Als er merkte, was er angerichtet hatte, versuchte der Gauleiter mit einem allgemeinen Geschwafel über Frankreich die Arbeiter abzulenken. Doch nur mit Mühe und konnte er seinen Vortrag beenden. Am anderen Morgen hing dieser Ausspruch des Gauobmannes am schwarzen Brett. Die ganze Belegschaft grüsste noch tagelang demonstrativ und zynisch mit „*Heil Hitler*“, während dieser Gruss früher nur sehr selten oder garnicht auf dieser Grube ausgesprochen wurde. Dieses „*Heil Hitler*“ hat den tiefen Hass der Bergleute gegen die *Hitlertyrannie* in sich.

Einer amtlichen Bekanntmachung in Hessen-Nassau und Kurhessen ist zu entnehmen, dass ab 17. Januar *Butter* nur noch auf Grund der neu aufgelegten *Kundenlisten* verkauft wird. Die Buttermenge gegenüber dem im Oktober 1937 gelieferten Quantum erneut um 15 Prozent gekürzt

Wie die Achse wurde

Die Zerstörung der Sicherheit in Europa

Die Taten von Hitler und Mussolini sind beredter als ihre Worte — obwohl man sich über mangelnde Aufrichtigkeit der Diktatoren nicht beklagen kann. Seit der Vorbereitung des abessinischen Krieges hat Mussolini offen über seine Ziele gesprochen, und seit der Zerreissung des Locarno-Vertrages hat Hitler seine Absichten nicht mehr hinter listigen Friedensreden verborgen. Es gibt allerdings Diplomaten in Europa, die gerade diese Aufrichtigkeit nicht für aufrichtig halten wollen. Sie müssen dazu allerdings die Augen vor dem Gang der Ereignisse verschliessen.

Seit drei Jahren ist der Angriff der sogenannten dynamischen Mächte offen im Gange. Im Anfang steht der Plan Hitlers — der nicht etwa sein geistiges Eigentum ist —, dass Deutschland England und Italien gewinnen müsse, um Frankreich zerschmettern, eine Politik gewaltsamer Eroberung nach Osten und Südosten führen und Deutschland zur Weltmacht erheben zu können. Was ist in diesen drei Jahren geschehen? Es ist nicht der Zweck der folgenden Zusammenstellung, ein Geschichtsbild und eine Theorie zu geben, es sollen nur Tatsachen aneinander gereiht werden.

Im Anfang des Jahres 1935 schien Hitler von der Verwirklichung seines Planes weiter entfernt als jemals zuvor. In Stresa hatte sich eine Front von England, Frankreich und Italien gegen ihn zusammengeschlossen, Mussolini hatte am Brenner gegen den Naziputsch in Oesterreich mobilisiert. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland — 16. März 1935 — war mit dem Abschluss des französisch-sowjetrussischen Beistandpakt vom 2. Mai 1935 beantwortet worden. England hatte Frankreich gedrängt, dass es freundschaftliche Beziehungen mit Italien herstelle, Laval hatte daraufhin das französisch-italienische Abkommen getroffen, Hitler schien isoliert zu sein.

Die unsichere Stelle in der Stresa-Front war Mussolini. Er hatte Engländern und Franzosen seinen Preis genannt — *Abessinien* — und er fand, dass man ihn nicht willig bezahlen wolle. Schon im Mai 1935 konnte man beobachten, dass die Pläne Hitlers und Mussolinis parallel zu laufen begannen. Am 21. Mai hielt Hitler eine Rede gegen die kollektive Sicherheit, er forderte eine neue europäische Politik, die die *Zerstörung des Völkerbundes* bedeutete hätte. Am 25. Mai sprach Mussolini über den „*dynamischen Realismus*“, er verkündete offen, dass Italien machtpolitische Ziele verfolgen werde.

Dieser gefährliche Parallelismus wurde damals allgemein unterschätzt. Man glaubte fest an die These, dass in Oesterreich und auf dem Balkan deutsche und österreichische Interessen zusammenstiessen, die unversöhnlich miteinander seien. Mussolini war offen. Er erklärte öffentlich, dass er nicht daran denke, am Brenner zu versteinern. Dennoch wurde noch lange die Stresafront für eine politische Realität gehalten.

Im Sommer 1935 bereite Mussolini ganz offen den *Angriff auf Abessinien* vor. Er entrollte seine Imperiumspläne. Er verkündete dass Rom, das

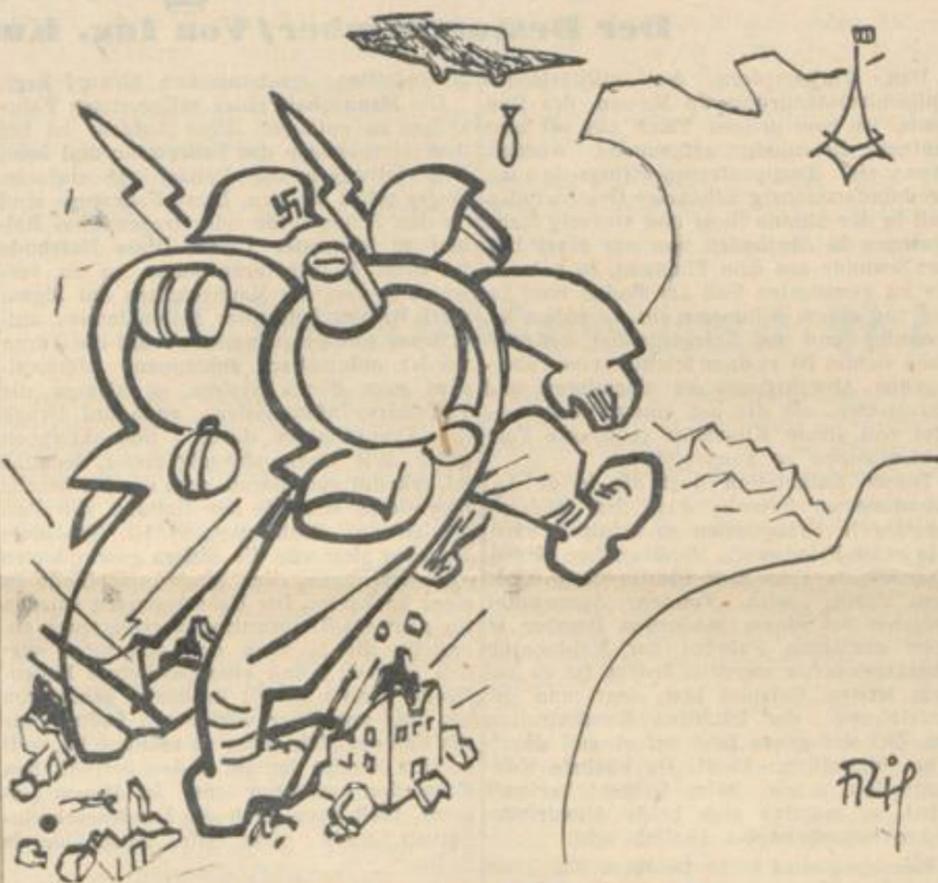
verjüngte Rom, das englische Weltreich beerben wolle, er erstrebte die Herrschaft im Mittelmeer, er drohte offen mit einem Angriff auf die englische Flotte, wenn man ihn hindern werde.

Der Völkerbund beschloss *Sanktionen* gegen Italien — aber die englischen Konservativen und der Franzose Laval waren nur mit halbem Herzen dabei. Die Sanktionen wurden sabotiert, während Mussolini ein Maximum militärischer Kraft einsetzte, um rasch entscheidende Erfolge zu erzielen.

Dies ganze Jahr 1935 war ausgefüllt mit *englischen Versuchen, mit Deutschland in Verhandlungen zu kommen* und Hitler durch Verträge zu binden. Es war ein grotesker di-

setzen und sich mit Hitler über Mittel- und Südosteuropa zu verständigen — oder seine europäische Position gegen Hitler, gegen die Politik der Linie Berlin-Bagdad zu verteidigen und sich in die Hand Englands zu geben. Er hat das erstere gewählt, und er hat diese Politik systematisch bis auf den heutigen Tag fortgesetzt.

Seine Tochter und sein Schwiegersohn Graf Ciano verhandelten mit Hitler. Die *Berchtesgadener Protokolle* wurden die Grundlage der „*Achse Berlin-Rom*“, des gemeinsamen italienisch-deutschen Vorgehens in Europa und im Mittelmeer. Mussolini hat die Garantie des sicheren Besitzes von Triest seinen imperialistischen Plänen im Mittelmeer und in Afrika geopfert.



Der neue Marsch

plomatischer Leerlauf. Hitler benutzte den abessinischen Krieg, um seine Rüstung weiter vorwärts zu treiben. Er dachte nicht daran, sich zu binden, sondern nur daran, wie er unter der Vorgabe von Verhandlungsbereitschaft seine Position stärken könne. Die Engländer wurden schamlos duppiert — das englische Blaubuch über diese Verhandlungen ist Beweis genug dafür. Hitler liess schon in diesem Jahre deutlich erkennen, dass er Frankreich und Sowjetrussland wieder trennen und sich vom Locarno-Vertrag lösen wollte.

Nach dem Fall Abessinien warf er die Maske ab. Am 7. März 1936 zerriss er den *Locarno-Vertrag* und besetzte das *Rheinland*. Es erfolgte keinerlei Gegenwirkung. Im Gegenteil: England entwickelte einen allgemeinen europäischen Konferenzplan, der Hitlers Wünschen insoweit entgegenkam, als Sowjetrussland „erst später“ hinzugezogen werden sollte. Zugleich wurde der Gedanke einer „*Revision*“ des Völkerbundes propagiert.

Nun war aber auch der Augenblick gekommen, um den Parallelismus der deutschen und der italienischen Politik in ein festes Verhältnis umzuwandeln. Mussolini stand vor der Wahl, seine Imperiumspläne fortzu-

Von nun ab zeigen sich deutlich zwei Linien. Hitler gibt Mussolini Rückendeckung bei seinen Versuchen, die Vorherrschaft im Mittelmeer zu gewinnen; Mussolini lässt Hitler freie Hand für die Durchdringung Oesterreichs und Südosteuropas. In der Periode der Vorbereitung der „*Achse*“ folgten rasch aufeinander drei wichtige Ereignisse, deren innerer Zusammenhang heute ganz klar ist:

Am 11. Juli 1936 wird das österreichisch-deutsche Abkommen abgeschlossen, das im Grunde genommen die italienische Garantie für die österreichische Unabhängigkeit aufhebt.

Am 19. Juli 1936 bricht der von Mussolini vorbereitete und unterstützte Aufstand Francos gegen die spanische Republik aus.

Am 25. August 1936 führt Deutschland die zweijährige Dienstzeit ein.

Die Politik der Achse stösst auf Desorganisation im Lager der Westmächte. Die Regierung der französischen Volksfront erfindet die Politik der Nichtintervention, um sich nicht von England zu isolieren. Man versucht, die Achse wieder zu sprengen, indem man Mussolini in der Frage Abessinien entgegenkommt, zugleich beginnt in England die Gruppe der hitlerfreundlichen Lords eine neue

Agitation für die Hitlerpolitik, Oesterreich und die Tschechoslovakei sollen aufgegeben werden. Das einzig positive ist, dass England und Frankreich sich enger zusammenschliessen — um den Preis der Unterordnung der französischen Politik unter die Pläne der konservativen englischen Regierung. Diese Pläne laufen darauf hinaus, Italien „zu versöhnen“.

Am 4. Januar 1937 wird das *englisch-italienische Gentlemanabkommen im Mittelmeer* geschlossen. Wenige Tage später tritt Frankreich gegen Deutschland wegen des deutschen Eindringens in Marokko stark auf und erzwingt einen diplomatischen Rückzug Hitlers.

Nun fährt Göring am 13. Januar nach Rom, um zu erkunden, ob Mussolini treu zur Achse steht. Die Folge: massive italienische Truppentransporte nach Spanien. Die Engländer erfahren, was es heisst, mit den Diktatoren der Achse Verträge auf gleich und gleich zu schliessen.

Die Achse stösst jedoch auf ein anderes, unerwartetes Hemmnis: den Widerstand des republikanischen Spaniens. Während Mussolini in Lybien militärische Demonstrationen und Propagandareden veranstaltet, werden seine Expeditionskorps am 11. März bei Brihuega von den spanischen Republikanern geschlagen. Ein umfangreiches Aktenmaterial über die Intervention fällt in die Hand der spanischen Regierung.

Der Eindruck ist gross. Die Westmächte raffen sich auf, namentlich als Sowjetrussland im Nichtinterventions-Ausschuss energisch auftritt. Es wird die Kontrolle der Nichtintervention eingeführt, Italien erklärt sich bereit, über den Rückzug der italienischen Expeditionskorps aus Spanien zu verhandeln. *Diese Bereitschaft, die jetzt ein Glanzstück der Chamberlainschen Politik ist, datiert vom 16. April 1937.* Von da an datiert der englische Optimismus, der trotz grauenhafter Enttäuschungen heute wieder zur Schau getragen wird.

Am 18. Februar 1937 hatte das englische Unterhaus seine Zustimmung zu dem grossen englischen Aufrüstungsprogramm gegeben, am 13. März war die französische Verteidigungsanleihe gezeichnet worden. Man glaubte in England nun, dass Mussolini sich nicht auf den Rüstungswettlauf einlassen werde, dass man die Achse erst beruhigen und dann auseinandermanövrieren könne. Man nahm die italienische Bereitschaftserklärung nicht als das, was sie war — eine Kriegshist, um Zeit zu gewinnen —, sondern für echt.

Indessen berät die Achse Berlin-Rom. Mussolini drängt auf Unterstützung durch Deutschland, aber Hitler fordert seinen Preis: *Oesterreich*. Am 21. April ist Göring in Rom, zum 22. April ist Schuschnigg nach Venedig bestellt. Mussolini fordert von ihm die Aufnahme von Nationalsozialisten in die österreichische Regierung. Schuschnigg wehrt sich, die Achse scheint in schwieriger Lage zu sein, also fürchtet er sich nicht. Er wehrt auch einen journalistischen Handstreich ab, der über seinen Kopf hinweggehen sollte.

Ende Mai kommt es zu dem Zwischenfall mit dem *Panzerschiff*

Deutschland. Hitler lässt auf das Drängen der Mussolinifreunde in seiner Umgebung — Raeder, Ribbentrop, Goebbels, Hess — Almeria beschossen, die Ereignisse lassen erkennen, dass die Westmächte selbst eine solche Tat hinnehmen.

Nun wird der Torpedoangriff auf den Kreuzer Leipzig erfunden, Hitler fordert die Blockade Regierungs-Spaniens, er und Mussolini treten aus dem Kontrollsystem aus, der Schwächeanfall der Achse ist überwunden, die lästige Verpflichtung, über den Rückzug der Freiwilligen aus Spanien zu verhandeln, ist schon so gut wie abgeschüttelt. Die Achse fordert im Gegenteil gemeinsam die Anerkennung der Kriegführendenrechte für Franco.

Dafür, dass die Hitlerschiffe nicht zu weiterer Aktion gegen Spanien übergegangen sind, hält Chamberlain am 25. Juni eine freundliche Rede gegenüber Deutschland und Italien im Unterhaus. Mehr noch, England mildert selbst die Bereitschaftserklärung Italiens vom 16. April 1937 ab, es entwirft einen Kompromissplan, der auch die Anerkennung der Kriegführendenrechte für Franco vorsieht. Angesichts von soviel Rückzugsbereitschaft säumen Hitler und Mussolini nicht länger, am 20. Juli sprengen sie im Nichtinterventionsausschuss den englischen Kompromissplan in die Luft.

Die Regierung Chamberlain lässt sich indessen dadurch nicht entmutigen. Am 1. August schreibt Chamberlain an Mussolini einen freundlichen Brief, am 6. August bespricht Sir Robert Vansittard mit dem italienischen Botschafter Grandi die vorgesehenen englisch-italienischen Besprechungen.

Inzwischen tritt aber auch der Bundesgenosse der Achse, Japan, mit Deutschland durch den sogenannten Antikominternpakt verbunden, in den Krieg gegen China ein und schafft damit der Achse in Europa und im Mittelmeer Luft.

Die Achse veranstaltet nun eine U-Boot-Blockade des republikanischen Spaniens. Ihre U-Boote beherrschen das westliche Mittelmeer, sie dringen bis ins Marmara-Meer vor. Russische, englische, französische, dänische, norwegische Schiffe werden torpediert. Der U-Boot-Piraterie wird schliesslich

durch die Konferenz von Nyon ein Ende gemacht, aber nun setzt die Flugzeugpiraterie ein, die bis auf den heutigen Tag weiter getrieben wird.

Diese gesamte Entwicklung im Jahre 1937 ist begleitet worden von wilden Feldzügen der deutschen und italienischen Presse, die sich in erster Linie gegen Frankreich gerichtet haben. Von der verlogenen Erfindung bis zur wildesten Kriegsdrohung ist kein Register ausgelassen worden. Gegen England hat sich eine nicht minder verlogene Radiopropaganda gerichtet, deren Zweck ist, die arabische Welt gegen England aufzubringen. Die deutsche und italienische Propaganda hat ihre Hände im Spiel bei den Terrorunruhen in Palästina und bei der Agitation in ganz Nordafrika.

Hitler hat Gebrauch davon gemacht, dass ihm Mussolini freie Hand im europäischen Süd-Osten geben musste. Er hat die kleine Entente unterminiert, er hat sich die südslavische

Regierung attachiert. In Oesterreich ürrichtete man seit Oktober 1937 einen neuen Hitlerputsch. Die Tschechoslowakei ist unter dauerndem diplomatischen Druck und unter Presseterror gehalten worden.

Aber die konservative englische Regierung plant „Versöhnung“. Kann man die Achse nicht sprengen, so muss man sich mit beiden Partnern „versöhnen“, das heisst, man muss ihren „berechtigten Forderungen“ nachgeben. Es geht Lord Halifax nach Berlin und Berchtesgaden; es wird die tschechoslowakische Regierung unter englischem Druck zu Vorleistungen an Hitler gezwungen. Hitler zieht den Schluss, dass er praktisch freie Hand in Mitteleuropa erhält — daher das Berchtesgadener Ultimatum an Schuschnigg.

Und der italienische Partner? Er hat sich nicht hemmen lassen in seiner Imperiumspolitik, er hat englische

Schiffe versenkt, seine Flugzeuge beschossen französische Schiffe aus der Luft, aber er ist bereit, mit England zu verhandeln — schnellstens, jetzt oder niemals — und er ist sogar bereit, ein glänzendes Angebot, über die Zurückziehung der Freiwilligen aus Spanien zu verhandeln. Wie er schon vor einem Jahr dazu bereit war.

Aber der italienische Partner ist mit dem deutschen heute auf Gedeih und Verderb verbunden. Die Realität der Achse ist nicht zu leugnen, und keine Politik der Kapitulation kann sich dahinter decken, dass sie die Achse spalten wolle. Heute gibt es nur noch zwei Möglichkeiten: Widerstand zu leisten, oder der Achse die Opfer ausliefern. Wo die Achse verhandelt, will sie Zeit gewinnen, sonst nichts. Ihre Ziele sind klar, sie ist ein Angriffsbündnis, wie es klarer kaum jemals eines gegeben hat, ihre Politik ist nicht minder klar, und ihre Taten sprechen laut. C. G.

Neue Kriegswaffen

Der Dessantbomber / Von Ing. Kurt Doberer

Den Vorkämpfern des militärischen Fallschirm-Abstrungs in Massen, des Dessants, ist vom grünen Tisch aus oft eine einfache Rechnung aufgemacht worden. Wenn ein Truppentransportflugzeug mit dreihundertsechzig Kilometer Geschwindigkeit in der Stunde fliegt und zwanzig Mann springen in Abständen von nur einer halben Sekunde aus dem Flugzeug, so nehmen sie im günstigsten Fall am Boden eine Linie von einem Kilometer ein. In jedem bewohnten und im Kriegszustand befindlichen Gebiet ist es dann leichter, einen überlegenen Abwehrtrupp zu alarmieren und einzusetzen, als die auf einem Flächengebiet von einem Kilometer verstreute Fallschirmtruppe zu konzentrieren.

Dieser Kalkulation liegt die irrige Anschauung zu Grunde, dass der moderne Dessant in Kriegszeiten so erfolgen wird, wie es im Frieden die Manöverfilme zeigen. Man könnte aber auch ebenso der Auffassung sein, zehn Tonnen Sprengstoff müssten bei einem modernen Bomber in zehn einzelnen Paketen zur Kabinentür hinausgeworfen werden. Jedem ist es bei dem letzten Beispiel klar, dass man zur Erreichung der höchsten Konzentration am Ziel die ganze Last auf einmal durch eine Vorrichtung kippl. Da höchste Konzentration auch beim Dessant verlangt wird, so müssten sich beide Abwurfvorgänge logischerweise ähnlich sein.

Menschen sind keine Bomben. Man kann Menschen nicht per Dutzend gebündelt aus dem Flugzeug abwerfen. Und doch ist eine Lösung erforderlich, die zwischen dem einzelnen Abprung aus der Türe und dem

gebündelten mechanischen Abwurf liegt.

Die Mannschaft eines vollbesetzten Fahrzeuges zu entladen, diese Aufgabe ist bei dem Alarmwagen der Feuerwehr und beim Ueberfallwagen der Polizei auf einfache Weise gelöst worden. Diese Fahrzeuge sind an den Seiten offen oder tragen zwei Reihen zu öffnender Türen. Diese Methode ist beim Dessant-Transporter so zu verwenden, dass die Mannschaften auf Signal zwei Reihen federnder Seitenklappen aufdrücken und abspringen, worauf die Türen wieder automatisch zuklappen. Mechanisiert man dieses System, so können die Fallschirm-Infanteristen auch auf Druck des Truppführers durch Bodenklappen fallen. Wie wenig abwegig dieser Gedanke ist, erkennt man daran, dass es eine bereits patentierte Methode zur Rettung von Reisenden aus Postflugzeugen ist. Trotzdem bewegen sich alle die bisher geschilderten Verbesserungen der Abprungmethode in einer Sackgasse. Die Ueberlegungen wurden für schwere Truppentransportflugzeuge angestellt, die ja dann erst eingesetzt werden können, wenn eine bestimmte Bodenfläche bereits soweit in Besitz genommen ist, dass mit einer wirksamen Luftabwehr des Feindes nicht mehr zu rechnen ist, weil er sich bereits der am Boden befindlichen Formation erwehren muss. In diesem Moment spielt dann auch die Landegeschwindigkeit nicht mehr die entscheidende Rolle.

Die Landung der ersten Trupps verlangt vollkommene Abkehr von den bisherigen Gedankengängen. Die Elitestosstrups können nicht in den schweren Transportflug-

zeugen herangebracht, sie müssen in schnellen Kampfmaschinen transportiert werden. In diesem Typ leichter Bomber können die Fallschirm-Stosstrups natürlich nicht im Rumpf sitzen. Sie liegen in Reihe nebeneinander in den beiden unteren Flügeln der Doppeldecker. Und dies ist nun der Dessant-Bomber. Die Queranordnung der Fallschirmspringer ermöglicht ein Abspringen im gleichen Moment. Nach einem Achtung-Signal öffnen sich die Klappen zu Füssen der Mannschaften. Soldaten fallen, so exakt gezielt, wie Bomben.

Durch mechanisch — von innen nach aussen oder umgekehrt — verzögerte Öffnung der Falkklappen und durch nach bestimmtem System verzögerte Öffnung der Fallschirme kann die taktisch günstigste Fallfigur erzielt werden. Der Flugzeugführer kann die Fallgeschwindigkeit durch Steig- oder Sturzmanöver während des Auskippen regulieren.

Durch diese letzte Möglichkeit und durch die gute Anordnung der Fallschirme, die nicht mehr am Rücken verpackt, sondern günstig gefaltet neben dem Soldaten liegen, kann ein Dessant auch in gefährlichen Zonen überraschend genug erreicht werden. In Sowjetrußland hat man zum ersten Mal bei einem Notstand davon Gebrauch gemacht, Menschen unter den Flügeln eines Flugzeuges zu transportieren. Bei der Rettung der Tscheljuskin-Mannschaft wurde von dem Flieger Molokow eine PI-Zweitsitzermaschine verwendet, die unter ihrem Flügel den Flugzeugbomben ähnliche, zum Gütertransport bestimmte Zylinder trug. Es gelang Molokow, in den Zylindern an den

Mit Rücktrittbremse

Der Kampf ums Privatleben

Drüben wird viel um die Bedeutung der Persönlichkeit gestritten. Getarnter Kampf um staatsbürgerliche Freiheit und individuelle Entwicklungsmöglichkeit. Die „Kölnische Zeitung“ vom 13. Februar gibt die Unterhaltung einiger „alter Schulfreunde“ wieder. Thema: Gemeinschaft und Privatleben. Meckerei wider braune Uniformität und Zwangsjacke, immer mit dem Fuss auf der Rücktrittsbremse. Der Kaufmann verwundert sich, wie man das Recht auf „privates Leben“ überhaupt anzweifeln könne. Ohne privates Leben keine grössere Leistung:

„Das Private sei geradezu das Fundament der Talkraft. Denn ohne privates Dasein gäbe es keine Persönlichkeit und ohne Persönlichkeiten wahrscheinlich auch keine Gemeinschaft. . . . Nur ein sehr oberflächlicher, rascher Vorurteil zugeneigter Mensch könne die Möglichkeit und Notwendigkeit eines Privatlebens leugnen, während der Nachdenkliche und Gründlichere sich sagen müsse, dass von der Lauterkeit des Privaten die persönliche Leistung und damit doch sehr viel für das Ganze abhängt.“

Dieser Meinung pflichtet auch der Soldat bei. Er meckert noch schärfer gegen die wachsende Uniformität:

„Eine lebendige Gemeinschaft ist nicht uniform, sondern universal; denn die Gemeinschaft lebt erst in der Vielfalt ihrer Erscheinungen, sie muss sich durch diese geradezu unter Beweis stellen. Es gibt keine Gemeinschaft, in der andere für einen denken und schaffen, in der dem einzelnen Mitglied alles abgenommen ist und sich alle Tätigkeit nur noch als Funktion vollzieht. Das käme ja der

Fernlenkung einer Maschine oder eines Schiffes. . . . Er kenne „Gemeine“ und Offiziere, die ihren Homer und Horaz lesen und die keinem der an solchen „Lehrbüchern des Menschlichen“ weniger Interessierten auch nur einen Deut an Disziplin nachstehen.“

Dann kommt der Schriftsteller zu Wort; jedoch er „nahm eine wenig sympathische Haltung ein“, denn er „hielt das Private in den Zeitaltern der Massen“ (wie er sagte) für völlig ausgeschlossen und das Persönliche erst recht. . . . Alle, der Soldat, der Kaufmann, der Wissenschaftler und der Künstler, „widersprachen ihm gründlich“, aber immer mit dem Fuss auf der Rücktrittsbremse, immer mit Verbeugung vor der unvermeidlichen „Volksgemeinschaft“. Alle vier werfen dem Kollektivistischen Negation vor:

„Und wie er sich überhaupt das Leben und Schaffen geistiger Heroen vorstelle? Ob denn ein Goethe, ein Shakespeare, ein Rembrandt — falls sie als Mitfühlende und Mitschauende unter uns weilten — heute nicht auch ihr Leben leben und unsterbliche Werke schaffen könnten?“

Die „Kölnische Zeitung“ lässt den Schriftsteller vorsichtigerweise nicht mehr erwidern, denn er hätte wahrscheinlich mit nein geantwortet, zumal Rembrandt bereits zu den Entarteten gehört. Aus lauter Angst vor der Antwort lässt die „Kölnische Zeitung“ ihre Privaten drauflos reden:

„Zur privaten Sphäre gehöre eben auch eine gewisse Tauglichkeit, und wer die Befähigung zur Persönlichkeit nicht besitzt, solle von ihrer „Problematik“ auch nicht reden. Denn schliesslich laufe es ja wahrscheinlich darauf hinaus, dass man nach einer Entschaldigung für mangelnde Leistung suche.“

Das heisst, Einengung der Persönlich-

keit könne nur der Mittelmässige und Leistungsschwache fordern. Womit das System samt seinem „Führer“ eins über den Deckel bezieht. Die Nazipresse wird sich bei Gelegenheit revanchieren, trotzdem sie nicht wagt, das Recht auf persönliche Entfaltung offen zu bestreiten.

So spielt sich drüben der Kampf um persönliche Freiheit ab. Selbst unterm alten Absolutismus konnte das Recht auf individuelle Entfaltungsmöglichkeiten ungefährdet und klarer vertreten werden. Ein anderes Beispiel: Um auszudrücken, wie bedeutungsvoll geistige Erkenntnisse der liberalistischen Vergangenheit sein könnten, muss sich die Zeitschrift „Das innere Reich“ in einen Schwulst flüchten, den nur der geübte deutsche Leser ganz durchschaut. Wir zitieren den Schluss nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 13. Februar:

„. . . auch das Vergewende, von dem eine Zeit sich soeben scheidet und das einmal hinten liegen wird: es muss uns dann so gegenwärtig sein wie jetzt. Denn wohl geht es sich leichter, allein der Stimme des Herzens zu folgen, das Zukunft begehrt, aber wir haben es schmerzlich erfahren, wie das Herz irren kann, nicht so sehr vom Ziel, aber vom Wege. Sind nicht die Wege des deutschen Volkes durch die Geschichte lauter Umwege? Wir müssen das Abscheidende lassen und doch vor Augen behalten. Nur wenn wir es als Richtpunkt vor uns immer gegenwärtig aufstellen, dürfen wir hoffen, geradlinig vorwärts zu gelangen.“

Zu deutsch: Kinder schimpft nicht so auf die Vergangenheit; sie lehrt uns allerhand Schönes und wenn sie da und dort geirrt hat — nun, ihr könntet ja ebenso irren. . . . Was aber ist der „Richtpunkt“? Was soll

das „Abscheidende“ anders heissen als Menschlichkeit und Freiheit des Geistes und der geistigen Leistung? Gemecker mit Nolleine und Rücktrittsbremse. Wann wird dieses Volk wieder einmal offen und ehrlich und deutsch reden lernen?!

Mythus und Achse

Rasch nutzt sich die braune Phrasologie ab. Noch vor Jahren gebot der Blutmythus die Ausdehnung der Herrschaft des deutschen Menschen. Aber dieser Schwundel verträgt sich weder mit der fremdrassigen Achsenpolitik noch mit dem Geschrei über die Rohstoffnot. Schon qualmt es im braunen Lager. Die braune Zeitschrift „Wille und Macht“ höhnt einen Vortrag, der über das Thema „Blutmythus als Grundlage der Aussenpolitik“ gehalten wurde. „Welcher Blödsinn! Als ob man mit dem Blutmythus in dem nackten Interessenspiel der europäischen Mächte etwas anderes als Gelächter ernten kann!“ Achsenfreunde gegen Englandfreunde. Auch der Schluss ist massiv:

„Der Führer hat mit kühler Ueberlegung, absolut nicht mit Blutmythus, aber mit dem Sinn für realpolitische Notwendigkeiten und Chancen die Gleichberechtigung Deutschlands, den Sieg an der Saar und die Rheinlandbesetzung gewonnen. Warum sollen wir den realpolitischen Sinn mit dem Blutmythus in der „kommenden Aussenpolitik“ vertauschen? Wir Jungen wollen uns jedenfalls kräftig dagegen verwahren, dass unsere Zukunft uns durch Blutmythen anstatt durch realpolitische Erfolge versauert wird.“

Welch eine materialistische Denkart. Binnen kurzem wird diese Jugend sogar dahinter kommen, dass der Blutmythus auch in der inneren Politik „nichts anderes als Gelächter ernten“ kann.

Das Zahlentrommelfeuer

Entscheidende Gesichtspunkte

Eine Stunde lang hat Hitler Zahlen verlesen, die den grossen Wirtschaftsaufschwung Deutschlands unter seiner Führung beweisen sollten. Und wenn man es so hörte, mochte es manchem leidlich scheinen und sicher hat er bei vielen Hörern und Lesern damit starken Eindruck erzielt. Es hat auch niemand, am wenigstens von uns, bestritten, dass sich die deutsche Produktion sehr gehoben hat, im Gegenteil, gerade wir haben in letzter Zeit die ausserordentliche Anspannung aller Produktivkräfte wiederholt geschildert. Trotzdem ist das Bild, das Hitler von der deutschen Wirtschaft entworfen hat, völlig verzeichnet.

Der entscheidende Unterschied zwischen der englischen, amerikanischen und schwedischen Konjunktur einerseits, der deutschen Produktionssteigerung andererseits besteht darin, dass in den anderen Ländern die Erzeugungsvermehrung mit einer Erhöhung des Konsums der breiten Massen, mit einer dauernden Besserung der Versorgung einhergeht, in Deutschland aber die rapide Steigerung der militärischen Produktion nur auf Kosten des zivilen Bedarfs erfolgen kann. Die englische Konjunktur, die wie überall in der Welt 1932-33 einsetzt, hat ihren stärksten Rückhalt im Wohnungsbau; erst im vergangenen Jahr spielt die Aufrüstung eine grössere Rolle, aber nicht entfernt eine so entscheidende wie in Deutschland. Während in England ein erheblicher Teil der vermehrten Eisenproduktion verbaut wird, wird in Deutschland auf dem Höhe-

punkt der Stahlerzeugung die Eisen- und Stahlzuteilung kontingentiert und gerade für den Wohnungsbau bis zur Unerträglichkeit eingeschränkt.

Es kommt eben nicht allein darauf an, was produziert wird, sondern wofür produziert wird. Dass der Höchststand einer Produktion verbunden ist mit *Lebensmittelmangel* und *Rohstoffknappheit*, war überhaupt noch nie da. Er ist in Deutschland herbeigeführt durch die *Wehrwirtschaft*, die einfach darin besteht, den Konsum zu drosseln, um die Produktivkräfte für die Erzeugung von Kanonen ausnützen zu können. Bei weiterer Herabdrückung der Konsumtion bei Verstärkung des Steuerdrucks und der Schuldenaufnahme, soweit nicht die Ueberspannung der materiellen und menschlichen Produktivkräfte eine kaum zu überwindende Schranke aufstellt, ist in Deutschland zunächst auch eine noch grössere Produktionssteigerung möglich. Sie soll in Deutschland — und Hitler selbst hat darauf den grössten Nachdruck gelegt — einer noch verstärkten Aufrüstung dienen. In England diente sie der Besserung der Lebenshaltung, wobei der Produk-

tionsfortschritt dort kaum hinter dem deutschen zurückgeblieben ist, wirtschaftlichen Produktivität und — bis zum vorigen Jahre — verbunden mit Steuerermässigung vor sich. In Deutschland ist durch die Ersatzproduktion, durch die Aufarbeitung minderwertiger Erze, durch die Zollversteuerung wichtiger Rohstoffe, durch eine kostspielige bürokratische Regelung der Gesamtwirtschaft eine unökonomische Kostensteigerung entstanden, eine zunehmende Verminderung in der Produktivität, die Deutschland in vermehrtem Masse auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig macht.

Ueber diese Hemmungen wird die totale Wehrwirtschaft — das hat die Rede Hitlers neuerdings gezeigt — mit aller Energie Herr zu werden versuchen. Nach der offiziellen deutschen Statistik wurden in den sechs Jahren 1932-37 rund 50 Milliarden Reichsmark investiert. Dabei betrug der Anteil der öffentlichen Hand bereits 1931 rund 70 Prozent und ist seither beständig gestiegen. Jetzt soll die Rüstungsintensität und die Autarkieproduktion zugleich verstärkt werden.

Das bedeutet noch raschere Vermehrung der „Sonderwechsel“, also der inflationistischen Finanzierung, ob-

Auch ging in England die Produktionsvermehrung unter den ökonomisch günstigsten Bedingungen, unter fortwährender Steigerung der Volkswohl, wovon Hitler auch nicht gesprochen hat, die Reichverschuldung unter seiner Führung in schwindelndem Tempo gestiegen und heute — die Wechselverschuldung inbegriffen — auf rund 50 Milliarden angewachsen ist.

Noch grössere Rohstoffmengen werden in unproduktives Waffenmaterial verwandelt, die dem Konsum zur Verfügung stehenden Waren des täglichen Bedarfs werden neuerdings verringert, der Preisdruck wird steigen, der Arbeitermangel durch Ausdehnung der Arbeitszeit und der Zwangsarbeit bekämpft werden, wie die eben verfügte Einführung des weiblichen Pflichtjahrs beweist. Wie in den faschistischen Staaten die eigentliche Militärflicht durch die militärische Ausbildung der Jugend vorweggenommen wird, so im Deutschland Hitlers die Wirtschaft im künftigen Krieg schon jetzt in der totalen Wehrwirtschaft.

Dr. Richard Kern

Hitlerzahlen und Wirklichkeit

In seiner Reichstagsrede hat Hitler eine Stunde lang ein Trommelfeuer von Zahlen auf seine Hörer niederprasseln lassen. Die den Hörern überwältigende Menge der Zahlen sollte es schaffen, aber ihrer Häufung entspricht längst nicht ihre innere Ueberzeugungskraft. Deshalb nicht, weil auch im unkritischen Hörer die Frage aufsteigen muss, weshalb denn bei einer so gewaltigen Steigerung der Erzeugung an allem Notwendigen gespart werden muss. Die Welt hat auch noch nicht vergessen, dass es eine Weltwirtschaftskrise gegeben hat, von der kein Land verschont geblieben ist, und die kurz nach Hitlers Machtantritt sich gerade angeschickt hatte, einem neuen Aufstieg Platz zu machen. Die Welt mag wohl die Empfindung haben, dass „der Führer“ seine angeblich so gigantische Leistung selbst verkleinert, wenn er das Erreichte nicht mit der

Aufstiegszeit der Republik, sondern mit der Zeit eines beispiellosen Konjunkturabstiegs vergleicht. Ist es richtig, die Wirkung der Weltkrise unberücksichtigt zu lassen, dann ist es falsch, die Wirkungen des Aufstiegs der Weltwirtschaft allein sich selbst zuzuschreiben. Würde Hitler allerdings zum Vergleich anstatt der Zahlen von 1932 die von 1929 verwendet haben, dann wäre das Ergebnis erheblich weniger triumphal ausgefallen.

Hitler sagte:

„Im Jahre 1932, also vor der Machtübernahme, betrug das deutsche Volkseinkommen 45,2 Milliarden Reichsmark. Schon 1933 stieg es auf 46,6 Milliarden, um im Jahre 1937 die runde Summe von 68 Milliarden Reichsmark zu erreichen. Dieser Steigerung des Einkommens stand gegenüber die fast vollkommen gleichbleibende Höhe des allgemeinen Lebensindex. Er betrug im Jahre 1932 120,6 und 1937 125,1.

Das heisst: Während sich also das Volkseinkommen um nahezu 50 v. H. erhöhte, betrug die Steigerung des allgemeinen Lebensindex nur 4 v. H.“

Das Statistische Reichsamt ist allerdings mit seiner Berechnung des Volkseinkommens noch nicht so weit wie Hitler. Im 1. Januarheft 1938 von „Wirtschaft und Statistik“ ist erst das Volkseinkommen von 1936, und zwar noch nicht das endgültige Ergebnis, sondern erst „nach vorläufiger Berechnung“ veröffentlicht. Aber selbst wenn man die Zahlen Hitlers gelten lässt, bleibt, bei einer Mehrerzeugung um 20 Prozent, das Volkseinkommen von 1937 im Geldwert erheblich hinter dem von 1929 zurück. Es betrug damals 76 und 1937 nach des Führers Berechnung 68 Milliarden. Würde Hitler auch diese Zahl genannt haben, würde sein Zahlenvergleich weniger gigantisch ausgesehen haben.

unteren Flügeln seines Doppeldeckers bei einem Flug sechs Menschen zu retten.

Der Konstrukteur Grochowski hat diese Idee dann weiterentwickelt. Er brachte unter den Flügeln zwei flache Kassetten an, die er in je vier Abteilungen schied. Nach dieser Methode gelang es mit dem Zweisitzer P 5, unter Beibehaltung der normalen Fluggeschwindigkeit, zusätzlich noch vierzehn Passagiere unter den Flügeln zu transportieren. Dieses Ergebnis zeigt glänzend die Möglichkeiten des Dessant-Bombers.

Protest der Freien

Der letzte internationale Buchverlegerkongress fand im Juni 1936 in London statt. Bei seinem Abschluss wurde von deutscher Seite vorgeschlagen, Leipzig zum Tagungsort der nächsten, für Juni 1938 vorgesehenen internationalen Zusammenkunft zu wählen. Obwohl dieser Vorschlag auf erhebliche Opposition stiess, wurde er schliesslich angenommen.

Jetzt haben jedoch 48 amerikanische Verlagsfirmen in einem Schreiben an das vorbereitende Comité erklärt, dass sie auf keinen Fall an einem Kongress teilzunehmen gedenken, der innerhalb der Grenzen des Dritten Reichs stattfindet. Unter den 48 Firmen befinden sich so gut wie alle grossen und bedeutenden Verlagshäuser der Vereinigten Staaten: Grosset und Dunlop, Dutton und Co., Harcourt-Brace, The Viking Press, Knopf, Macmillan Co., Longmans und viele andere.

Die amerikanischen Verleger motivieren ihren Beschluss mit der im heutigen Deutschland herrschenden Knebelung alles geistigen, künstlerischen und wissenschaftlichen Lebens. Sie weisen in ihrem Schreiben darauf hin, dass im Hitlerreich der Besitz oder Vertrieb zahlreicher Bücher als ein Kriminalvergehen angesehen und geahndet werde, wobei es sich um Werke handelt, die in der ganzen Welt Ruhm und Ansehen geniessen. Kein einziges Wort darf in Deutschland publiziert werden, das nicht den Nazibehörden voll und ganz genehm ist. Buchhändler und Verleger, die sich nicht zu gehorsamen Dienern des Nationalsozialismus erniedrigen, werden als Volksverräter bezeichnet und jeder Erwerbsmöglichkeit beraubt. Unter diesen

Umständen müsse der Kongress wider den Willen vieler Teilnehmer zu einem unter nazideutscher Regie stehenden Propagandaschauspiel werden. Die amerikanischen Verleger weisen auch darauf hin, dass ihnen kürzlich erst wieder von ihren reichsdeutschen Kollegen — auf Befehl der Hitlerregierung — nahegelegt wurde, keine Bücher mehr zu veröffentlichen, die eine Kritik des gegenwärtigen deutschen Regimes enthalten.

„Bei uns“, so erklären hierzu die Amerikaner, „haben wir glücklicherweise noch das Recht, jede Regierung zu kritisieren und unser Beruf ist ein lebendes Symbol unserer Meinungsfreiheit. Auf dem Leipziger Kongress unsere Auffassungen unbehindert vorzutragen, ist eine Unmöglichkeit. Sie verschweigen zu müssen aber, wäre eine Demütigung, die wir nicht auf uns nehmen wollen.“ Die USA-Verleger versichern schliesslich, dass ihre Haltung sich gegen das heutige deutsche Regime, nicht aber gegen ihre deutschen Kollegen richte, die ja grösstenteils selbst nur Opfer der nazistischen Geistesknichtung sind.

Propheten und Apostel

Bibel und Talmud haben zahlreiche Ausbeuter und Kommentatoren gefunden. Also geziemt es sich, dass auch die Standardwerke des Nationalsozialismus, wie Hitlers „Mein Kampf“, Rosenbergs „Mythus“ und ihre Reden der deutschen Volksgemeinschaft „in des Wortes wahrster und tiefster Bedeutung“ durch unaufhörliche Populärisierung nahegebracht werden müssen. Darin sieht der Leiter der Hauptstelle Schrifttum beim Gau Essen, der alte Kämp-

fer Wolf Sluyterman von Langeweyde, seine wegweisende Aufgabe, wie er in seinem soeben erschienenen Werk „Kultur ist Dienst am Leben“ bemerkt.

Hans Georg von Böttres, ein Sohn des alten Barden gleichen Namens, ist von dieser Schöpfung hingerissen. In der „National-Zeitung“ in Essen schreibt er darüber:

„Unter den Nachfolgeschriften dürften solche nicht fehlen, die das gesamte, ungeheuer grosse und ebenso verzweigte Gedankengut in knapper, sagen wir ruhig knappster Form zusammenfasst und auf die gedanklich allereinfachsten Formeln bringt. Es gehört doch Vernunft und rechter Sinn dazu und vor allem auch Zeit und Sammlung, um sich mit den Quellenwerken in fruchtbringender Weise befassen zu können. Auch eine gewisse Schulung des Verstandes ist auf jeden Fall dazu vonnöten. Hier ist es fraglos notwendig, der Beschäftigung mit dem grundlegenden Schrifttum eine Schulung vorangehen zu lassen, die den Weg zu den Gipfeln später verstandesmächtig erleichtert. Gerade Wolf Sluyterman von Langeweyde ist darum ganz besonders berufen, dieses Thema auch gedanklich-eigenschöpferisch zu behandeln.“

Aber nicht nur das! Georg von Böttres bestätigt dem Autor, dass er auch „sprachkünstlerisch“ den höchsten geistigen Anforderungen genügt. In diesem Punkte wäre er also ein besonders berufener Ausdeuter des Hitlerschen Gipfelwerks.

Bedenken erregt nur, dass er „auch gedanklich-eigenschöpferisch“ ist. Will sich etwa der Apostel über den Propheten erheben? Es ist „namentlich selbstverständlich“, um in Böttres Stil zu bleiben, dass man sich in der Deutschen Schrifttumskammer um die Aufdeckung von Ketzereien bemüht,

Neuerscheinungen

Herrmann Steinhausens Buch „Die Zukunft der Freiheit“, aus dem Europa-Verlag (Zürich), das von Thomas Mann neben drei anderen Werken als das beste Buch des Jahres 1937 bezeichnet wurde, erscheint demnächst in holländischer Uebersetzung beim Verlage H. D. Tjeenk Willink, Haarlem. Das Vorwort zur holländischen Ausgabe schreibt der bekannte Kulturphilosoph J. Huizinga.

„Mass und Wert“, Zweimonatsschrift für freie deutsche Kultur. Herausgeber: Thomas Mann und Konrad Falke. Verlag Oprecht, Zürich, Heft 4 (März-April) 146 Seiten, Fr. 2,50, Abonnement Fr. 12.— Am 15. Februar erschien die neueste Nummer von „Mass und Wert“, der von Thomas Mann und Konrad Falke herausgegebenen literarischen Zweimonatsschrift. Das Heft eröffnet eine sehr schöne Novelle „Ulasses Umfahr“ von Michael Dreher, dessen Namen man hier zum ersten Mal begegnet. — Hermann Hesse ist mit einem Gedichtzyklus „Drei Bilder aus einem alten Tessinerpark“ vertreten. Ernst Feders Artikel „Erinnerung an Stresemann“ gibt ein lebendiges Bild des deutschen Staatsmannes.

Ein Leseverbot. Am 17. Februar sollte in Basel der bekannte deutsche Dichter Ernst Wichert lesen. Die Reichschrifttumskammer hat ihm verboten, weitere Vorträge in Oesterreich, in der Schweiz und in Italien zu halten. Wichert ist mit einem Vortrag vor den Münchener Studenten über die Freiheit des Geistes mutig hervorgetreten.

Das Statistische Reichsamt hat die Ziffern der beiden Jahre 1932 und 1936 auf die gleiche Kaufkraft von 1928 abgestimmt. Danach hatte sich die Kaufkraft des Volkseinkommens von 56,8 Milliarden 1932 auf 76,8 Milliarden 1936 erhöht, also um nur 37 Prozent. Aber dieser Berechnung ist der amtliche Lebenshaltungsindex zugrunde gelegt, der immer schon eine Sache sehr zweifelhaften Wertes gewesen und im Dritten Reich ein Hohn auf die Wirklichkeit geworden ist. Hitler lässt ihn allerdings gelten. Nach der Feststellung des Statistischen Reichsamts („Wirtschaft und Statistik“, 1. Januar-Heft 1933 und 1938) betragen die Einzelhandelspreise in 34 Gemeinden je Kilo in Rpfg.

	21. 12. 32	16. 12. 37	Zun. in %
Weizenmehl	50	51	2
Erbsen	43	67	56
Weisse Bohnen	37	53	43
Esskartoffeln 5 kg.	30	38	27
Rindfleisch	144	170	18
Schweinefleisch	146	160	10
Kalb- und Hammelfleisch	170	203	20
Hammelfleisch	155	217	40
Vollmilch-Ltr.	24	24	—
Butter	274	343	17
Eier je Stück	11	12	10

Die Indexziffer für Bekleidung war allein im letzten Jahr um 3, für Schuhe und Besohlung um 4 Punkte gestiegen, also fast im gleichen Verhältnis wie nach Hitlers und des Statistischen Reichsamtes Behauptung das gesamte Preisniveau seit 1932. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Lebenshaltungsindex von heute und der von damals unvergleichbare Größen sind. Damals wurde er auf Grund wirklich gezahlter Preise errechnet, heute auf Grund der amtlichen Höchstpreise, die vielfach nur auf dem Papier stehen, weil sie im Schleichhandel überschritten werden. Selbst wenn man die indirekte Verteuerung durch Verschlechterung der Lebensmittel und durch Verknappung unberücksichtigt lässt, ist die Verteuerung der Lebenshaltung seit der Krise mit 25 Prozent eher zu niedrig geschätzt. Aber auch auf Grund des amtlichen Index kommt das Statistische Reichsamt zu dem Ergebnis, dass seit 1929 die Zunahme der Kaufkraft des Volkseinkommens hinter der Zunahme der Kaufkraft des Volkseinkommens hinter der Zunahme der Bevölkerung zurückgeblieben ist und dass auf den Einwohner von dem auf die gleiche Kaufkraft umgerechneten Volkseinkommen 1929 1170 Mark entfielen, 1936 nur 1142.

Bei Verwendung richtiger Preise würde das Durchschnittseinkommen des Deutschen noch weiter hinter der Summe zurückbleiben, die unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller auf den einzelnen Volksgenossen entfallen war.

Der Begriff Volkseinkommen erweckt die Vorstellung, als gäbe es ein einheitliches Volksvermögen, das allen gehört und dessen Ertrag als Volkseinkommen unter alle verteilt wird. Das Dritte Reich hat aber die Arbeiter entmachtet und die Monopolkraft des Rüstungskapitals gestärkt. Das „Volkseinkommen“ verschleierte, dass die Summe der Privatvermögen zugenommen hat, aber auf Kosten des Volkes, das im Ganzen gleich arm geblieben ist. Trennt man die Einkommen nach ihrer Quelle, so ergibt sich nach „Wirtschaft und Statistik“, dass das Geldeinkommen aus Lohn und Gehalt von 25,7 1932 auf 35 Milliarden 1936 gestiegen war, also um 38 Prozent. Der Mehrverdienst dürfte also fast ganz von der Teuerung aufgewogen sein. Die Masse der Arbeiter und Angestellten ist bei einer Zunahme der Beschäftigten um 6 Millionen ebenso oder fast ebenso arm geblieben in der Zeit des fabelhaften Aufschwungs wie zur Zeit der schwersten Krise. Aber das Einkommen der Unternehmer (Handel und Gewerbe) war zur gleichen Zeit von 5,5 auf 11 Milliarden gestiegen, also um 100 Prozent. Von dieser Zunahme um rund 5,5 Milliarden entfielen allein auf die unverteilteten Gewinne der Aktiengesellschaften fast 2 Milliarden. Die großen Rüstungsgewinnler hatten also den Zuwachs des Volksvermögens ganz oder fast ganz an sich gerissen. Das Einkommen der Arbeiter und Angestellten hatte im Durchschnitt nur ungefähr im gleichen Verhältnis zugenommen wie die

Teuerung, die Unternehmerrgewinne waren ihr vorausgeeilt. Hitler verkündete, die Ursache der Zunahme des „nationalen Volkseinkommens“ liege „im Wachstum unserer Gesamtproduktion“, aber er vergass hinzuzufügen,

dass das Wachstum der Produktion fast ausschliesslich der Rüstung und den Rüstungsinteressenten, nicht der Masse des Volkes zu Gute kommt.

Hitler bezeichnet sich selbst als Deutschlands Retter aus einer Zeit, in der „nicht nur das Einkommen der einzelnen Menschen in Unordnung geraten war, sondern vor allem auch die Finanzen der Körperschaften des privaten und öffentlichen Lebens vor dem restlosen Zusammenbruch standen“. Weit mehr als für die Zeit der Krise gilt das für die Inflationszeit. Die Zerrüttung des Geldwesens, der gesellschaftlichen Verhältnisse überhaupt, ging damals weit tiefer als zur Zeit der Krise. Damals gab es allerdings niemanden, der sich das Verdienst für Deutschlands Rettung aus schwerster Not ganz allein zugeschrieben hätte. Sie war das Ergebnis der Arbeitsleistung des deutschen Volkes und seiner Teilnahme am Aufstieg der Weltkonjunktur. Aufschlussreicher für den Unterschied von einst und jetzt als der Vergleich mit den Krisenzeiten der Republik ist der Vergleich der ersten Jahre des Dritten Reiches mit den Jahren nach Beendigung der Inflation. Was damals erreicht wurde, geschah ohne Zwangswirtschaft, ohne Auslieferung der Wirtschaft an eine allmächtige Bürokratie, ohne dass die Produktivkräfte der Nation fast völlig in den Dienst der Kriegsvorbereitung gestellt und die Welt mit einer Kriegskatastrophe bedroht zu werden brauchte.

Der Wert der gewerblichen Produktion, stellte Hitler fest, war von 37,8 Milliarden 1932 auf etwa 75 Milliarden 1937 gestiegen, das sind fast 100 Prozent. Da inzwischen auch die Preise gestiegen sind, bleibt die Zunahme der erzeugten Mengen erheblich hinter 100 Prozent zurück. Der vom Institut für Konjunkturforschung berechnete Produktionsindex (1928 gleich 100), also der Mengen-, nicht der Preisindex, hatte betragen im 1. Vierteljahr 1932 57,8, im 2. Vierteljahr 1928 103,6, im 2. Vierteljahr 1929 109,1.

In den fünf Jahren nach Beendigung der Inflation war also die gewerbliche Erzeugung an eine hundertprozentige Zunahme ganz dicht herangekommen. Damals hatte aber im Gegensatz zu heute, die Wehrwirtschaft nicht

fast die gesamte Zunahme der Erzeugung für sich beansprucht!

„Diese enorme Wirtschaftsbeschäftigung findet ihren Ausdruck auch in den Zahlen des Aussenhandels. Ohne uns an Weltwirtschaftskonferenzen zu beteiligen, ohne im Besitz jener gigantischer wirtschaftlichen Möglichkeiten anderer Weltmächte zu sein, ist es uns gelungen, unseren Aussenhandel in der Einfuhr von 4,2 im Jahre 1933 auf 5,5 Milliarden im Jahre 1937 und in der Ausfuhr von 4,9 Milliarden 1933 auf 5,9 Milliarden 1937 zu steigern.“

Aber ohne Exportförderungsumlage hatte die Einfuhr bereits im zweiten Jahre nach Beendigung der Inflation 12,4 Milliarden betragen, also mehr als das Doppelte von 1937 und war bis 1928 auf 14 Milliarden gestiegen. Die Ausfuhr hatte sich 1925 auf 9 Milliarden belaufen, 1928 auf 12,3 Milliarden, also mehr als das Doppelte der „enormen“ Ausfuhr von 1937.

Die Stahlzeugung hatte sich von 1924 bis 1928 allerdings nicht um 100 Prozent vermehrt wie in den ersten fünf Jahren Drittes Reich, sondern „nur“ um 30 Prozent, sie hatte aber 1929 immerhin eine in der Geschichte der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie beispiellose Rekordhöhe erreicht. Würde man von der heutigen Produktion von jährlich 19 Millionen Tonnen die Mengen abrechnen, die für die Aufrüstung gebraucht werden, so würde für den privaten Verbrauch kaum eine Steigerung der Produktion verbleiben, die die der guten Zeit der Republik übertrifft. So einzigartig ist Hitlers Leistung auch auf diesem Gebiet nicht, wenn man sie mit der des konkurrierenden Auslands vergleicht, wo zwar auch stark gerüstet wird, aber die Kriegsvorbereitung längst nicht die alles beherrschende Bedeutung hat wie in Deutschland. In England betrug die Stahlproduktion im Monatsdurchschnitt 1932 440 000, 1937 1 061 000 Tonnen, das ist eine Zunahme um 140 Prozent. In USA betrug die Stahlproduktion im Monatsdurchschnitt 1932 1 098 000, 1937 4 092 000 Tonnen, das ist eine Zunahme um 450 Prozent, die also die deutsche um fast das Dreifache übertrifft.

Von der Zunahme des Eisenverbrauchs in der Welt hat auch das Dritte Reich profitiert, es ist aber nicht gerade ein Zeichen von Dankbarkeit, dass Hitler behauptet, er habe sein gewaltiges Werk ganz allein und ohne fremde Hilfe vollbracht.

Sonst gibt es in Hitlers Reichstagsrede noch eine Ueberfülle der Produktions-

vergleiche von einst und jetzt, aber zu meist handelt es sich um Güter, die ohne die intensive deutsche Kriegsvorbereitung in diesem Umfang zu erzeugen überflüssig wäre. Deutschland hatte vor Hitlers Machtübernahme darauf verzichten können, sie selbst zu erzeugen, weil sie mit geringeren Kosten vom Ausland beschafft werden konnten. Deutschland hatte damals nicht Butter durch Erz ersetzen und Ernährung und Bekleidung zugunsten der Bewaffnung vernachlässigen müssen.

Zu der Ausführlichkeit, die Hitler den Ziffern des Vierjahresplans widmete, stehen seine spärlichen Andeutungen über die landwirtschaftliche Produktion

An die Bezüher des Neuen Vorwärts!

Wir bitten, Zahlungen nach Paris zu leiten auf Postscheck-Konto Neuer Vorwärts Paris 88.504

in auffallendem Kontrast. Hier wurden Produktionsziffern überhaupt nicht genannt, sondern nur die Zunahme des Geldwertes der Bodenproduktion erwähnt. Die Selbstversorgung, stellte Hitler fest, ist von 75 Prozent im Jahre 1932 auf 81 Prozent 1936 gestiegen. Das ist nicht gerade gigantisch viel, aber die Verbesserung der Selbstversorgung war von einer beträchtlichen Verschlechterung der Versorgung begleitet. Die Tatsachen sind bekannt, Fett ist rationiert, die Beschaffenheit von Brot und Mehl auf amtliche Verordnung bis zur Ungenießbarkeit verschlechtert. Die Anbaufläche von Getreide ist stark vermindert und kleiner als 1932. Im 3. November-Heft des „Nationalsozialistischen Wirtschaftsdienstes“ ist zu lesen, ein derartig niedriger Stand der Nachzucht von Vieh sei in den Nachkriegsjahren niemals gezählt worden. Im 2. Oktober-Heft derselben Zeitschrift wird festgestellt, dass der Fettverbrauch je Kopf der Bevölkerung im Notjahr 1932 26,3 Kilo betragen hatte, im Aufschwungsjahr 1936 nur 23,8 Kilo.

Hitler rühmte sich in seiner Rede des „Absturz ins Chaos“ und damit „das Erlöschen einer Sehnsucht“ verhütet zu haben, „die, von einer vorhandenen materiellen Grundlage ausgehend, die Verbesserung derselben anstrebt“. Diese Sehnsucht ist gewiss nicht erloschen, aber auch nicht erfüllt, und zwar weniger als vor der Zeit, da Hitler als Retter aufgetreten war, und dem Grundsatz, dass Kanonen wichtiger sind als Fett, Geltung verschafft hatte! G. A. F.

Bezugspreise

Der «Neue Vorwärts» kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 1.50 Frs. (für ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs.). Preise der Einzelnummer im Ausland (die Bezugspreise fuer das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0,30 (3,60), Belgien Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), C. S. R. Kč 1.— (18.—), Danzig Guld. 0,45 (5,40), Deutschland Mk. 0,25 (3.—), Estland E. Kr. 0,25 (2,50), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1,50 (18.—), Grossbritannien £ 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0,15 (1,80), Italien Lit. 1,16 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54.—), Lettland Lat. 0,30 (3,00), Litauen Lit. 0,55 (6,60), Luxemburg Frs. 2,45 (24,50), Norwegen Kr. 0,35 (4,20), Oesterreich Sch. 0,40 (4,80), Palästina P. Pf. 0,020 (0,216), Polen Zloty 0,50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien L. 16.— (120.—), Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,25 (2,50), Ungarn Pengó 0,35 (4,20), USA 0,08 (1.—).

Einzahlungen koennen erfolgen: Paris Credit Commercial de France, N° 529411 Tschechoslowakei: Zeitschrift «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Warschau 194.797 Schweiz: «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Zürich Nr. 14.697. Rumänien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Bukarest, Konto «Neuer Vorwärts», Bukarest Nr. 2088. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto «Neuer Vorwärts» Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto «Neuer Vorwärts», Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

Kommunique

Im Staate X. unterhielten wir: 6 Zeitungen (Schriftleitung, Druck und Papier zu unseren Lasten); 100 Spione, die alle in ihrem (sprich unseerem) Lohne noch Dutzende kleiner geheimer Agenten beschäftigten; 90 Studenten, die in unserem Auftrage unterminierten und alle verdraschen, die wirklich studierten; 12 sorgsam gelagerte Waffendepots; 9 Zahlstellen, 6 Propagandabüros; — zig Zellen, 8 Kreis- und 2 oberste Leiter; eine kleine Privatarmee . . . na, und so weiter.

Wir wählten, bestachen, verleumdeten, hehlten, wir zündelten, hetzten, betrogen, krakeelten. Und endlich brach unsere Ernteseit an. Zur Regierung kam: unser gerissenster Mann, der zu allem entschlossene Abenteurer. Doch nunmehr begab sich ein ungeheurer Skandal. Man beseltigte diesen Propheten. Wir waren zunächst wie vors Schienbein getreten. Und dann überkam's uns: man hat uns verraten. Ein paar andere, völlig verwahrloste Staaten gerieten in letzter Minute dazwischen. Sie wagten es schamlos, sich einzumischen.

Dies ist aufs knappste kurzerhand der nackte und scheussliche Tatbestand. Wir fragen: Wenn jemand sich solches erfrecht, wo bleibt da zum Beispiel das Völkerrecht? Man hat uns das Geld und den Einfluss geraubt, wenn sowas erlaubt ist, ist alles erlaubt. Der Völkerbund hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn wir künftig auch unsererseits Einmischung treiben. Wer dann noch behaupten will, wir wären schuld, dem sagen wir: ans ist's mit unserer Geduld. Gewiss doch, wir haussen wie Untermelthunden, gewiss doch, wir zündeln und schwindeln und morden. Aber wer jing denn au? Und wer schürte den Hass? Doch nicht etwa wir? — — — Oder finden Sie das?

A. L.